

Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse

Angola



**von Rainer Tump
im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Rainer Tump

geboren 1961, ist Diplom-Soziologe mit dem Arbeitsschwerpunkt Entwicklungspolitik. Von 1988 bis 1994 war er beim Welthaus Bielefeld und beim Koordinierungskreis Mosambik als Referent für Öffentlichkeitsarbeit tätig. Von 1994 bis 1996 war er Regionalkoordinator des GTZ-Projekts "Offener Reintegrationsfonds" in Mosambik. Seit 1997 arbeitet er freiberuflich als entwicklungspolitischer Berater für deutsche, österreichische und englische Nichtregierungsorganisationen, politische Stiftungen und die Europäische Union. Seine Schwerpunktländer sind Brasilien und die portugiesischsprachigen Länder Afrikas. Inhaltliche Schwerpunkte sind ländliche Entwicklung, Armutsbekämpfung, Reintegration von Flüchtlingen und Ex-Soldaten, zivile Konfliktbearbeitung, Ernährungssicherung sowie Organisationsberatung. Seit 1997 ist Rainer Tump Mitglied der Arbeitsgemeinschaft entwicklungspolitischer Gutachter (AGEG).

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten 1925 gegründet, ist die FES der sozialen Demokratie verpflichtet mit der Zielsetzung, die politische und gesellschaftliche Bildung von Menschen aus allen Lebensbereichen im Geiste von Demokratie und Pluralismus zu fördern, begabten jungen Menschen durch Stipendien Zugang zu Studium und Forschung zu ermöglichen, und zur internationalen Verständigung und Zusammenarbeit beizutragen.

Derzeit arbeiten 560 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an der Weiterführung dieser Ziele. Die internationale Arbeit verbindet die FES mit Partnern in über hundert Ländern der Welt. Ziel der Projektaktivitäten zur demokratischen und sozialen Gestaltung der Globalisierungsprozesse ist eine konstruktive, den Frieden fördernde Transformation von Konflikten in verschiedenen Phasen. Dabei ist die FES dem Prinzip der Nachhaltigkeit und dem PCIA-Ansatz verpflichtet, der den Schwerpunkt der Interaktion innerhalb der zivilen Konfliktbearbeitung auf die Stärkung verbindender Kräfte und auf die lokalen Friedenspotenziale legt. Zivile Konfliktbearbeitung umfasst dabei sämtliche vor, während oder nach gewaltsam ausgetragenen Konflikten ansetzende Maßnahmen der gezielten Einflussnahme auf die Konfliktursachen, die Kontrahenten und ihre Dialogformen sowie zur gezielten Stärkung des friedlichen Potenzials innerhalb der jeweiligen Gesellschaft(en).

Kontakt: Dr. Ralf Hexel, FES-Referat Entwicklungspolitik, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
T.: ++49-30-26935-919, F.: ++49-30-26935-959, ralf.hexel@fes.de

Die Studie wurde von einem unabhängigen Gutachter erstellt und entspricht nicht notwendigerweise der Position der Friedrich-Ebert-Stiftung.

| | |
|--|-----------|
| Vorbemerkung | 3 |
| 1. Konfliktanalyse | 4 |
| 1.1. Strukturelle Konfliktursachen | 5 |
| 1.1.1. Die dunklen Schatten der Vergangenheit | 5 |
| 1.1.2. Gewaltökonomie und der Kampf um Öl und Diamanten | 7 |
| 1.1.3. Zwischen Militärdiktatur und Demokratie | 9 |
| 1.1.4. Schwache Zivilgesellschaft | 9 |
| 1.1.5. Korruption und organisierte Armut | 10 |
| 1.1.6. Begrenzte Meinungsfreiheit und staatlich kontrollierte Medien | 11 |
| 1.2. Aktuelle Brennpunkte und ihre Dynamik | 13 |
| 1.2.1. Fehlende Versöhnung und schwierige Reintegration | 13 |
| 1.2.2. Präsidentschafts- und Parlamentswahlen | 15 |
| 1.2.3. Der Prozess der Dekonzentration / Dezentralisierung | 17 |
| 1.2.4. Landkonflikte | 19 |
| 1.2.5. Kampf um Cabinda | 21 |
| 1.3. Konfliktakteure | 22 |
| 1.3.1. Wichtige nationale Konfliktakteure | 22 |
| 1.3.2. Internationale Konfliktakteure | 28 |
| 1.3.3. Konfliktpyramide Angola | 29 |
| 2. Szenarien der Konfliktentwicklung | 31 |
| 2.1. Negativ-Szenario (worst case) | 32 |
| 2.2. Positiv-Szenario (best case) | 33 |
| 2.3. Wahrscheinlichstes Szenario (most probable case) | 34 |
| 3. Internationale Reaktionen und nationale Organisationen | 36 |
| 3.1. Multi- und bilaterale Akteure | 36 |
| 3.2. Wichtige nationale Partner- und Durchführungsorganisationen | 39 |
| 4. Handlungsempfehlungen | 40 |
| Anlagen | |
| 1. Abkürzungsverzeichnis | 50 |
| 2. Chronologie wichtiger Ereignisse seit 1975 | 52 |
| 3. Literatur | 54 |

Vorbemerkung

Das Ziel der vorliegenden Studie ist die Analyse des Konfliktpotenzials in Angola drei Jahre nach Beendigung eines Krieges, der das Land fast vierzig Jahre in Mitleidenschaft gezogen hat. Aufbauend auf der Analyse werden Handlungsoptionen für die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgeschlagen, die darauf abzielen, einen Prozess wirklicher Versöhnung zu unterstützen und dazu beizutragen, dass aus dem Schweigen der Waffen ein stabiler und dauerhafter Frieden wachsen kann.

Aus einer Vielzahl aktueller und potenzieller Konflikte wird im Rahmen dieser Analyse der Schwerpunkt auf vier Bereiche gelegt, die sich durch eine besondere Konfliktdynamik auszeichnen: a) die Reintegration von Ex-Soldaten, b) die (bisher weitgehend ausbleibende) nationale Versöhnung, c) der Prozess der Demokratisierung mit den für 2006 geplanten Wahlen und d) Konflikte um Land und illegale Vertreibung.

Methodisch folgt die Studie dem von FES, GTZ und FriEnt entwickelten Leitfaden für Konfliktanalysen und lehnt sich außerdem an das Konzept des „Participatory Conflict Impact Assessment“¹ und an das „Do no Harm“-Konzept von Mary B. Anderson² an.

Die vorliegende Konfliktanalyse baut auf einer dreiwöchigen Felderhebung in Angola auf. In dieser Zeit wurden zahlreiche Interviews in der Hauptstadt Luanda und in den Provinzen Huambo und Malanje sowie zwei Workshops mit Vertreter/innen von Staat, Militär, Parteien, Zivilgesellschaft und der FES Angola durchgeführt. Das Team bestand aus dem Autor und den nationalen Gutachter/innen Helena Farinha und Luís Samacumbi. Unterstützt wurde es logistisch als auch während der Provinzaufenthalte von der FES Angola, allen voran ihrem Leiter Willi Haan und der Mitarbeiterin Alcilia Giovetti. Ihnen und allen anderen danke ich herzlich für die große Unterstützung.

¹ Siehe u.a. Kenneth Bush: Hands-On PCIA - A Handbook for Peace and Conflict Impact Assessment (PCIA)

² Anderson 1999: Do no Harm – How Aid can support Peace – or War.

1. Konfliktanalyse

Angola wird heute allgemein als „Nachkriegsland“ bezeichnet. Das gilt für über 90% des nationalen Territoriums. Die militärische Schwächung der Rebellenorganisation UNITA (Nationale Union für die Totale Unabhängigkeit Angolas) und der Tod ihres Führers Jonas Savimbi führten im April 2002 zur Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens von Luena. Dieses Abkommen wird von den ehemaligen Konfliktparteien bisher eingehalten. Es beendete einen fast vierzigjährigen Krieg, der in den sechziger Jahren als Befreiungskampf gegen das portugiesische Kolonialregime begann. Noch vor der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1975 kämpften nach dem Rückzug der Portugiesen drei rivalisierende Befreiungsbewegungen um die Vorherrschaft, unterstützt von den gegnerischen Blöcken des kalten Krieges. Ab 1993 stand der Kampf um die reichen Ressourcen des Landes im Vordergrund. Lediglich in der Exklave Cabinda im Norden Angolas wird weiterhin Krieg geführt. Im Juni 2005 begann die Regierungsarmee eine neue Offensive gegen die FLEC³, die für die Unabhängigkeit bzw. für einen autonomen Status der Exklave kämpft. Ein Ende der Kämpfe ist nicht abzusehen. Zahlreiche Versuche der Vermittlung scheiterten, nicht zuletzt aufgrund des fehlenden ernsthaften Verhandlungswillens der Regierung, die weiter auf einen militärischen Sieg setzt. Vor allem die Zivilbevölkerung leidet unter den Kampfhandlungen und dem brutalen Vorgehen beider Seiten.

Während der Krieg im Rest des Landes beendet ist, gehen andere Konflikte versteckt weiter: In den Diamantengebieten des Nordens werden Schürfgelände gewaltsam verteidigt und erobert; die gewaltsame Vertreibung von Familien von ihrem Land erreicht neue Größenordnungen; zurückkehrende Flüchtlinge finden ihren Grund und Boden oft von anderen besetzt vor; Demobilisierte werden bei ihrer Rückkehr wenig freundlich aufgenommen und nicht selten mit Gewalt vertrieben. Hieraus resultiert ein enormes Konfliktpotenzial.

Seit dem Waffenstillstandsabkommen ist es formal zu einer Neuaufgabe der „Regierung der nationalen Einheit und Versöhnung“ gekommen. Diese ist jedoch nur Staffage und dient nahezu ausschließlich der Legitimitätsbeschaffung für den Präsidenten und für die Regierungspartei MPLA. Ein echter Dialog oder gar ein ernstgemeinter Versöhnungsprozess finden nicht statt. Stattdessen sorgen die für das Jahr 2006 geplanten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen für neues Konfliktpotenzial. Im Ringen um Wählerstimmen geht es nicht um den Wettbewerb zwischen Programmen oder Personen, sondern um die Stigmatisierung des Gegners und die Einschüchterung der Wähler. Trotz einiger positiver Ansätze in Richtung Wahlaufklärung und Versöhnung, getragen vor allem von Organisationen der noch schwachen Zivilgesellschaft, ist Angola von wirklichem Frieden weit entfernt.

³ Frente de Libertação do Enclave de Cabinda. Als Folge interner Konkurrenzkämpfen besteht die FLEC heute aus zwei militärischen Flügeln, der FLEC-FAC und der FLEC-R.

1.1. Strukturelle Konfliktursachen

1.1.1. Die dunklen Schatten der Vergangenheit

Der fast 40 Jahre andauernde Krieg hat die Risse in der angolanischen Gesellschaft, die teils vorkoloniale Ursachen haben, teils Ergebnis der portugiesischen Kolonialherrschaft sind, weiter vertieft. Bereits bei der Landung der portugiesischen Kolonialherren im Mündungsgebiet des Kongo im Jahr 1483 und der Eroberung der Territorien von Angola, Benguela, Cabinda und Molembo (deren Grenzen weitestgehend dem heutigen Angola entsprechen) bedienten diese sich der bestehenden Rivalitäten zwischen dem „Imperator“ (Mbanza Kongo) und seinen Vasallen-Königen. Die gleiche Strategie wurde in den folgenden Jahrhunderten beim florierenden Handel mit Sklaven erfolgreich angewandt: die meist portugiesischen Sklavenhändler erzielten Handelsabkommen mit Königen und anderen traditionellen Herrschern an der Atlantikküste. Diese nutzten die ihnen verkauften Waffen, nicht nur um Menschen aus benachbarten Herrschaftsgebieten - vor allem im Hochland Angolas - zu Sklavendiensten zu zwingen, sondern auch, um deren Könige und Führer zu bezwingen und deren Territorien zu besetzen.

Unter portugiesischer Herrschaft konnte sich ab dem 18. Jahrhundert eine kleine angolanische Elite herausbilden. Die verbindende Gemeinsamkeit der Angehörigen dieser Eliten bestand darin, dass ihre wichtigsten und erfolgreichsten Vertreter „assimilados“ waren, sogenannte „zivilisierte“ Afrikaner, denen das portugiesische Justizwesen eine besondere Stellung und gewisse Sonderrechte einräumte. Diese Eliten hatten ihre Zentren zum einen in den Hafenstädten Luanda, Benguela, Lobito und Namibe und konzentrierten sich in ihren wirtschaftlichen Aktivitäten vor allem auf den Handel. Parallel dazu bildete sich in den Städten des Hochlands wie Huambo, Bié, Lubango und Menongue eine zweite Gruppe von schwarzen Angolaner/innen, die neben dem Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen in der landwirtschaftlichen Produktion ein zweites wichtiges Standbein hatten. Diese zweite Gruppe war wesentlich homogener als die erste, nicht zuletzt, weil sich ihre Vertreter fast ausnahmslos auf eine gemeinsame Ethnie, die der Ovimbundo, beriefen. Aus ihr sollte sich später die Führungsspitze der UNITA bilden. Die Mitglieder der erstgenannten Gruppe unterschieden sich nicht nur in ihrer Abstammung, sondern auch in ihrer Hautfarbe: neben so genannten autochthonen Angolanern stellten die „Mulatten“ die größte und einflussreichste Gruppierung innerhalb dieser Elite dar. Nach langen und heftigen internen Auseinandersetzungen übernahmen Ende der 50er Jahre die „Mulatten“ gemeinsam mit einigen Angehörigen der Kimbundo-Ethnie aus Luanda die Führung dieser Gruppe und gründeten die „Movimento Popular para a Libertação de Angola“ (MPLA), seit 1975 Regierungspartei. Die MPLA reklamierte im Jahr 1961 die Urhebererschaft für einen Anschlag auf ein Gefängnis in einem Vorort Luandas. Der Tag des Anschlags wird noch heute als Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes mit einem offiziellen Feiertag bedacht. Völlig andere Wurzeln hat eine dritte Gruppe, die ebenfalls am Befreiungskampf teilnahm. Die Nationale Front zur Befreiung Angolas (FNLA) wurde im Jahr 1962 als Reaktion auf die blutige Niederschlagung von Aufständen schwarzer und weißer Kaffee-Bauern im Norden Angolas durch die portugiesische Kolonialarmee gegründet. Dominante Kraft der FNLA waren von Beginn an Angehörige der Bakongo-Ethnie. Mit Unterstützung vor allem aus den beiden Kongos, den USA und China gelang es der FNLA recht schnell, zur wichtigsten Befreiungsbewegung aufzusteigen. Interne Machtkämpfe, insbesondere die Abspaltung der UNITA im Jahr 1966, führten jedoch zu deren Schwächung und ermöglichten den

Aufstieg der MPLA. Als vierte Befreiungsbewegung ist noch die „Frente pela Libertação da Enclave de Cabinda“ (FLEC) zu nennen. Diese führt bis heute einen bewaffneten Kampf für die Autonomie der Exklave Cabinda am nördlichen Ufer der Kongo-Mündung. Vorrangiges Interesse ist die Teilhabe am Ölreichtum Angolas, zu dem die Exklave Cabinda nahezu 90% beiträgt. Die FLEC wird seit ihrer Gründung im Jahr 1963 immer wieder von Abspaltungen geschwächt und vervollständigt damit das Bild einer von Misstrauen und Rissen geprägten angolischen Gesellschaft.

Wie die Portugiesen zu Beginn der Kolonialisierung, instrumentalisieren auch andere Staaten sowie ausländische Unternehmen die bestehenden Rivalitäten für ihre Interessen. Hervorgetan haben sich hier vor allem Südafrika und die USA als Unterstützer der UNITA, die Sowjetunion und Kuba auf Seiten der MPLA sowie China, die beiden Kongos und amerikanisch-evangelikale Kirchen auf Seiten der FNLA. Nicht ganz so populär ist in Angola ein anderer Blickwinkel: die Führungen von MPLA, UNITA, FNLA und FLEC bedienten sich des Kalten Krieges und der Rivalitäten ihrer ausländischen Partner sehr geschickt, um eigne Ambitionen zu nähren und nicht zuletzt, um sich persönlich zu bereichern. Unabhängig aus welcher Perspektive betrachtet: Opfer der Rivalitäten und des fast 40 Jahre andauernden Krieges war immer die Zivilbevölkerung und waren fast immer die einfachen Soldaten. Historische Rivalitäten zwischen Völkern und Ethnien wurden von den Führern der Befreiungsbewegungen immer wieder auch dazu benutzt, die Menschen gegeneinander aufzustacheln und Feindbilder zu schaffen. Eine Strategie, die in den Jahrhunderten davor alle Herrschenden des Landes erfolgreich angewandt hatten.

Das brutale Vorgehen von Regierungsarmee und UNITA gegen die Zivilbevölkerung in allen Stadien des Krieges, das Verstümmelungen, Folter, die Vernichtung von Ernten und das Auslöschen ganzer Dörfer einschloss, hat die Gräben weiter vertieft. Oft reichte die bloße Zugehörigkeit zu einer Ethnie aus, um getötet zu werden. Vor allem der UNITA-Führer Jonas Savimbi stellte in seinen Reden auf die ethnische Abstammung ab. Aber auch die MPLA und die von ihr kontrollierten Medien spielten die ethnische Karte. So wurde die gespannte Stimmung im Jahr 1998 durch Sendungen des nationalen Radios angeheizt, in denen Worte wie Banditen, Spione und Unruhestifter als Synonyme für die Ethnie der Ovimbundo verwandt wurden.

Die tiefgreifende Spaltung der Gesellschaft hat zum einen eine ethnisch-geografische Komponente und drückt sich im gegenseitigen Misstrauen zwischen den Bewohnern der Küstenregionen und denen des zentralen Hochlandes aus. Die andere Komponente kann als ethnisch-rassistisch bezeichnet werden. Sie kommt in der bis heute bestehenden Kluft zwischen der schwarzen Mehrheit und einer „farbigen“ Minderheit zum Ausdruck, deren Vertreter sowohl afrikanische als auch europäische Vorfahren haben. Beide Ressentiments wurden vor allem von UNITA-Führer Savimbi über Jahrzehnte bedient und machen sich bis in die Gegenwart durch einen mehr oder weniger starken Rassismus bemerkbar. Deutlich wird diese Spaltung der angolischen Gesellschaft auch in den Ergebnissen der ersten Wahlen von 1992. In Hochburgen der Kimbundo konnte die MPLA bis zu 85% der Stimmen erzielen. Ähnliche Ergebnisse erreichte die UNITA in ihren Zentren, die mehrheitlich von Angehörigen der Ovimbundo bewohnt werden. Es ist zu befürchten, dass politische Parteien auch in Zukunft vorhandenes Misstrauen, Vorurteile und Hassgefühle zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzen werden.

1.1.2. Gewaltökonomie und der Kampf um Öl und Diamanten

Die Wirtschaft Angolas hat sich seit dem Ende des Krieges von einer Kriegs- in eine Gewaltökonomie gewandelt. Wichtige Merkmale der angolanischen Variante einer Gewaltökonomie sind⁴:

- Die staatlichen Strukturen sind nur begrenzt in der Lage, die Sicherheit der Bürger zu garantieren. Nicht selten gehen Gewalt und Repressalien gegen Bürger von Militärs, Polizisten oder dem Zivilschutz aus. Vor allem Frauen und Mädchen, die schon während des Krieges in besonderem Maße unter Gewalt und Ausbeutung litten, sind die Opfer dieser Kombination aus mangelndem Schutz einerseits und Übergriffen von Vertretern staatlicher Sicherheitsdienste andererseits;
- Die vom Staat angebotenen Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung oder Infrastruktur sind unzureichend und durchweg von schlechter Qualität. Auch die Ernährungssicherung der Bevölkerung wird weitgehend internationalen Hilfsorganisationen überlassen;
- Ehemalige und aktuelle Militärs kontrollieren auch nach Ende des Krieges wichtige Bereiche der Wirtschaft. Ihre Stellung bewahren sie einerseits durch die enge Verflechtung mit der politischen Macht, andererseits durch das ihnen zugeschriebene Potenzial, ihre Interessen mit Gewalt durchzusetzen. In der Hauptstadt unterhalten einige von ihnen angeblich enge Verbindungen zu Jugendgangs, die in ihrem Auftrag Konkurrenten ausrauben oder einschüchtern;
- Über den Zugang zu Land entscheiden meist nicht ökonomische oder rechtliche Faktoren, sondern die Nähe zu politischer Macht und das Drohpotenzial. Illegale Landnahmen durch Militärs und andere Eliten und damit verbundene Vertreibungen sind sowohl im städtischen Bereich als auch auf dem Land an der Tagesordnung.

Eine besondere Rolle in diesem Kontext spielt in Angola der Kampf um die reichen natürlichen Ressourcen des Landes, allen voran um Öl und Diamanten. Öffentliche Ressourcen wie die stark steigenden Öleinnahmen dienten während des Krieges in erster Linie der Beschaffung von Waffen, um sich gegen die UNITA zur Wehr zu setzen. Heute finden die Erlöse aus dem angolanischen Ressourcenreichtum nur teilweise Eingang in den Staatshaushalt. Unbekannte Summen werden nach wie vor abgezweigt und für den Machterhalt und die Bereicherung der politischen Klienten eingesetzt.

Bereits heute ist Angola nach Nigeria zweitgrößter Erdöllieferant Subsahara-Afrikas, und in spätestens zehn Jahren will es Nigeria überholt haben. Die in den letzten Jahren vor der Küste entdeckten Ölfelder lassen eine jährliche Steigerung der Fördermenge von durchschnittlich 10% von 4,3 Mrd. US\$ im Jahr 2005 auf 8 Mrd. US\$ im Jahr 2008 erwarten⁵. Die im Norden des Landes geförderten Diamanten gehören zu den weltweit besten und teuersten. Darüber hinaus liegen in der angolanischen Erde zahlreiche Edelmetalle einschließlich Gold. Bisher waren diese Bodenschätze für das Land und die Mehrheit der Bevölkerung jedoch eher Fluch als Segen. Der Krieg zwischen MPLA, UNITA und FNLA um die Vorherrschaft in Angola war nicht zuletzt auch ein Krieg um die enormen Ressourcen des Landes. Durch den Verkauf von Öl konnte die Regierung eine der größten Armeen des Kontinents aufbauen und ihr ständig die modernsten Waffen zur Verfügung stellen. Die UNITA verfügte bis zum UN-Embargo jährlich über

⁴ Näheres hierzu siehe Cilliers, Jakkie und Christian Dietrich (Hrsg.): *Angola's War Economy. The Role of Oil and Diamonds*, Pretoria 2000 sowie Spelten/FriEnt/INEF 2004

⁵ ebd., Seite 50

Milliardeneinnahmen aus dem Diamantenverkauf. Ein Teil davon ging auf – vorübergehend eingefrorene – Nummernkonten in der Schweiz, der größte Teil wurde jedoch für Waffenkäufe verwendet. So wurden die Ressourcen Angolas 27 Jahre lang zur Zerstörung des Landes und zur Terrorisierung der Bevölkerung eingesetzt.

Inzwischen gibt es jedoch auch einige ermutigende Zeichen in Richtung eines transparenteren Umgangs mit den Ressourcen des Landes. Der Internationale Währungsfond (IWF) bescheinigt Angola inzwischen erste positive Ergebnisse bei der Stabilisierung der Finanzpolitik, der Eindämmung der Inflation und dem Abbau des Haushaltsdefizits. Weiter bestätigt der IWF, dass Angola wichtige Fortschritte bei der Haushaltskontrolle und der Transparenz von Öltransaktionen initiiert hat. Eine unabhängige Öl-Diagnosestudie, die im Jahr 2005 veröffentlicht wurde, bestätigt diese Ergebnisse, wies aber auch auf weiteren Verbesserungsbedarf bei der Governance im Erdölsektor hin, besonders auf Interessenkonflikte bei der staatlichen Erdölfirma Sonangol im Gefolge des gleichzeitigen Auftretens als Konzessionierungsbehörde und als Förderfirma.⁶

Die staatlichen Kontrollen beim Diamantenabbau im Norden des Landes lassen allerdings auch nach Ende des Krieges noch zu wünschen übrig. Hohe Militärs beider Seiten und ausländische Firmen verfügen über private bzw. illegal privatisierte und gut bewaffnete Wachdienste, die dem Schutz und der Erweiterung der Abbaugelände dienen. Anne Jung schreibt hierzu:

In der Studie »The Stones of Death« wird nachgewiesen, dass in den diamantenreichen Regionen Angolas jegliche Form von Recht außer Kraft gesetzt ist. Zehntausende Hektar Land wurden den Diamantenfirmen überlassen, die wiederum von der Regierung in Luanda kontrolliert werden. Die Bevölkerung wurde von ihrem Land vertrieben, ohne dafür Entschädigung zu erhalten und verdingt sich nun in den Minen. Migrantische Arbeitskräfte aus der DR Kongo, die auf eigene Faust nach den wertvollen Steinen suchten, wurden verjagt und misshandelt.⁷

Noch am 10. März 2005 veröffentlichte das Büro für Humanitäre Angelegenheiten der Vereinten Nationen in Angola einen Bericht, nach dem es im Hauptabbaugelände von Diamanten, den Provinzen Lunda-Norte und Lunda-Sul, nahezu täglich zu Morden, Misshandlungen, willkürlichen Festnahmen und Vertreibungen kommt. Die Taten werden in erster Linie der angolanischen Polizei und privaten Sicherheitskräften angelastet.

„Wenn die Ressourcen sinnvoll genutzt würden, wäre Angola eines der prosperierendsten Länder Afrikas“⁸

Dass die Ressourcen in Friedenszeiten für den Wiederaufbau und das Wohl der Bevölkerung eingesetzt werden könnten, scheint vorläufig unwahrscheinlich. Hierzu

⁶ Details hierzu siehe Internationaler Währungsfonds: Public Information Notice (PIN) Nr. 05/86, 6. Juli 2005

⁷ Jung, Anne (medico international): Zur Transformation afrikanischer Konflikte, Frankfurt 2004; Näheres zum destabilisierenden Einfluss des Diamantenabbaus in Angola siehe Justin Pearce: War, Peace and Diamonds in Angola. Institute for Security Studies, Kapstadt 2004

⁸ Tony Hodges, O papel da gestão dos recursos na construção de uma paz sustentável, Seite 49, in: Guus Meijer: Da Paz Militar à Justiça Social?, London 2004. Angesichts steigender Ölpreise dürfte der Einnahmezuwachs noch extremer ausfallen.

müsste sich die sogenannte Internationale Gemeinschaft gegenüber der angolanischen Regierung auf eine gemeinsame Position zur Forderung von Transparenz und Korruptionsbekämpfung einigen. Davon ist sie jedoch weit entfernt. Da zur Korruption immer mindestens zwei gehören, müssten die Regeln für transparente Verträge der Ölkonzerne und Minengesellschaften wesentlich strenger und die Überwachung dieser Regeln wesentlich effektiver sein. Und nicht zuletzt müsste die angolanische Zivilgesellschaft, nicht nur materiell unterstützt von internationalen Gebern, ihren begonnenen Druck auf der Straße und in den Medien wesentlich verstärken.

1.1.3. Zwischen Militärdiktatur und Demokratie

Angola ist formal eine Demokratie, weist aber faktisch viele Merkmale einer (Militär-)Diktatur auf. Ehemalige und noch aktive Generäle gehören zum engsten Kreis um den Staatspräsidenten und haben starken Einfluss auf Politik und Wirtschaft. Sie gehören zu den größten Unternehmern und Grundbesitzern des Landes. Ihre wirtschaftliche Machstellung kommt sehr deutlich in den Diamantengebieten zum Ausdruck. Dort sichern sie sich ihre Schürf- und Abbaugelände dank ihrer militärischen Stärke.

Der angolanische Staat unternimmt nur sporadisch Anstrengungen zur Verbesserung der katastrophalen Situation im Gesundheits- und Schulwesen. Selbst den Wiederaufbau des Landes überlässt er weitgehend internationalen Gebern und ihren Durchführungsorganisationen. Hier zeigt sich der Staat, abgesehen von einzelnen medienwirksamen Maßnahmen, als extrem schwach. Lediglich auf dem Gebiet der Sicherheit zeigt der angolanische Staat Stärke. Das zeigt sich am deutlichsten an den nach wie vor extrem umfangreichen nationalen Streitkräften, der hochgerüsteten Präsidialgarde, dem omnipräsenten Geheimdienst und dem Zivilschutz. Für angolanische Verhältnisse ist auch die Polizei recht gut ausgestattet, auch wenn hier das Korruptionsverhalten wegen niedriger und unregelmäßiger Gehälter besonders stark ausgeprägt ist. Die Mehrheit der Angolaner nimmt den Staat in erster Linie als Instrument der Repression und Gängelung wahr. Als Dienstleister erscheint er nur am Rande und wenn, dann oft begleitet von Inkompetenz und Korruption.

Abseits der größeren Städte ist der Staat oft gar nicht präsent. Hier übernehmen traditionelle Autoritäten vielfach die Rolle der staatlichen Ordnungsmacht und sind in Personalunion Polizei, Staatsanwaltschaft, Richter und Vermittler. Trotz ihrer Fülle von Aufgaben werden sie vom formalen Rechtssystem weitgehend ignoriert. Da eine klare Abgrenzung zwischen informell-traditioneller und formal-moderner Autorität fehlt, kommt es nicht selten zu Kompetenzgerangel und Zuständigkeitskonflikten. Wegen ihrer ungeklärten Rechtslage ziehen die traditionellen Autoritäten dabei meist den Kürzeren.

1.1.4. Schwache Zivilgesellschaft

Getreu dem sowjetischen Vorbild gab es im Angola des sozialistischen Einparteiensystems kaum Platz für unabhängige Organisationen der Zivilgesellschaft. Lediglich die Kirchen konnten sich in den 80er Jahren einen Spielraum als gesellschaftspolitische Akteure bewahren. Sie waren vor 2002 maßgeblich an den Friedensaktivitäten angolanischer NRO beteiligt und gehören bis heute zu den stärksten

Kräften der angolanischen Zivilgesellschaft. Erst mit dem im Jahr 1991 verabschiedeten Gesetz zur Bildung von Vereinigungen wurde der rechtliche Rahmen für die Gründung von NRO geschaffen. In kurzer Zeit entstanden über 100 NRO, die vor allem in den Bereichen Menschenrechte, Not- und Entwicklungshilfe, Erwachsenenbildung und Community Development aktiv waren. Vielen dieser neuen NRO war jedoch gemeinsam, dass sie von einem oder wenigen ausländischen Gebern abhängig waren (donor driven) und kaum eigene Visionen und Programme entwickelten.

In den letzten Jahren haben sich einige der NRO emanzipiert und sind zu seriös und qualifiziert arbeitenden Fachorganisationen geworden. Gemeinsam mit den unabhängigen Medien, Kirchen, Gewerkschaften und Berufsverbänden sind sie es, die der angolanischen Zivilgesellschaft Gehör verschaffen und auf Missstände hinweisen. Trotz mittlerweile 300 registrierter NRO sind ihr Organisationsgrad und ihre Kooperation untereinander noch zu schwach, um effektiven Druck auf die Regierung ausüben zu können. Hinzu kommt, dass vielen Organisationen in der Hauptstadt Luanda der direkte Bezug zur Zielgruppe fehlt. Auch die (oft verdeckte) Repression seitens des Staates erschwerte bisher das Entstehen einer starken Zivilgesellschaft, die eine echte Interessenvertretung der Mehrheit der Angolaner/innen sein könnte.

1.1.5. Korruption und organisierte Armut

Angola ist ein Land mit so extrem ungleicher Verteilung von Reichtum, wie es selbst in Afrika seinesgleichen sucht. Während in den Luxusrestaurants der Hauptstadt ein Abendessen bis zu 100 US\$ kostet, müssen Millionen Menschen hungern. Grundlage dieser extremen Ungleichheit ist ein System, das den Armen so gut wie keine Chance lässt, am Reichtum des Landes in irgendeiner Weise Teil zu haben. Dieses System erhält seine Stabilität durch Mechanismen, die in Angola unter dem Begriff „troca de favores“ (Tausch von Begünstigungen) subsumiert werden.⁹ Zu diesem Klientensystem gehören:

- Die Vergabe von Jobs erfolgt in aller Regel aufgrund verwandtschaftlicher Beziehungen oder gegen Geld. Die Qualifikation spielt nur eine untergeordnete Rolle. Ohne Parteibuch der MPLA ist eine Anstellung oder ein beruflicher Aufstieg im Staatsdienst und in einem der zahlreichen Staatsunternehmen äußerst schwierig.
- Die Vergabe lukrativer staatlicher Aufträge läuft in der Regel ohne öffentliche Ausschreibung. Die meisten Bauaufträge erhalten Unternehmen, die dem Präsidenten, hohen Militärs oder Gouverneuren gehören oder zumindest enge Verbindungen zu ihnen haben.
- Genehmigungen und Konzessionen werden oft über Jahre verschleppt, wenn nicht ein „Trinkgeld“ (gasosa) gezahlt wird. Dieses „Trinkgeld“ kann selbst für die Genehmigung eines kleinen Handwerksbetriebes mehrere tausend US\$ betragen.
- Profiteure der zahlreichen Privatisierungen in den Jahren der Transformation von der sozialistischen Planwirtschaft hin zum „Manchester-Kapitalismus“ waren ebenfalls die Reichen und Mächtigen des Landes. Vor allem Mitglieder der Präsidentenfamilie wurden so nahezu kostenlos zu Eigentümer von großen und teilweise sehr profitablen Unternehmen.¹⁰

⁹ Ein Interviewpartner wies darauf hin, dass die Gegenleistung für Begünstigungen nicht immer sofort erfolgen muss. Wichtig ist dem „Patron“ die Abhängigkeit des „Klienten“: „Wenn du nichts hast und Vergünstigungen annimmst, kannst du sicher sein, dass du irgendwann in eine Lage kommst, die dich kompromittieren wird“

¹⁰ Hier sind profitable Unternehmen in Bereichen wie Öl, Diamanten, Kommunikation oder Lufttransport von solchen Unternehmen zu unterscheiden, die kurz nach der Privatisierung mit Gewinn verkauft wurden.

- Staatliche Leistungen wie der Bau einer Schule oder einer Gesundheitsstation werden von Regierungsvertreter/innen und der Bevölkerung als persönliche Geschenke angesehen, die ihrerseits Verpflichtungen der „Begünstigten“ nach sich ziehen.
- Der Zugang zu staatlichen Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäusern ist oft nur über Beziehungen oder gegen „Trinkgeld“ möglich.

Die Konsequenz dieser Politik in einigen Zahlen:¹¹

| | |
|--|-----------|
| • Kindersterblichkeit | 19 – 25 % |
| • Absolut arm (unter 1 US\$ pro Tag und Person) | 56 % |
| • Kinder, die unter Fehl- und Mangelernährung leiden | 34 % |
| • Zugang zu Gesundheitssystem | 32 % |
| • Zugang zu sauberem Trinkwasser | 26 % |
| • Alphabetisierungsquote bei Frauen und Mädchen | 28 % |
| • Alphabetisierungsquote bei Männern und Jungen | 56 % |

Das enge Beieinander von extremer Armut und enormem Reichtum, verbunden mit der Perspektivlosigkeit der Armen, sorgt vor allem in den Städten für ein hohes Konfliktpotenzial. Dieses drückt sich bereits heute in steigenden Kriminalitätsraten aus. Gleichzeitig werden die Stacheldrähte um die Villen der Reichen immer höher und private Sicherheitsdienste boomen. Viele der Armen hatten gehofft, dass sich ihre wirtschaftliche Situation mit dem Ende des Krieges bessern würde. Die Hoffnung der meisten wurde bisher enttäuscht. Wenn sich daran in näherer Zukunft nichts ändert, dürften Ausweglosigkeit und Wut zu einer Beschleunigung der Spirale von Kriminalität und Gewalt führen.

1.1.6. Begrenzte Meinungsfreiheit und staatlich kontrollierte Medien

Da Angola sich als Demokratie und Rechtsstaat bezeichnet, wird auch die Meinungs- und Versammlungsfreiheit von der Verfassung garantiert. Tatsächlich gibt es in Luanda eine ganze Reihe von privaten (Wochen-)Zeitungen und auch Radiosendern. Diese nehmen meist kein Blatt vor den Mund und kritisieren offen die grassierende Korruption, die Verschwendung staatlicher Haushaltsmittel, den Machtmissbrauch oder die Verletzung von Menschenrechten. Einschüchterungen und Zensur dieser unabhängigen Medien, früher an der Tagesordnung, scheinen in den letzten drei Jahren spürbar zurückgegangen zu sein, auch wenn Geheimdienst und Kommunikationsministerium jede Ausgabe oder Sendung genau begutachten. Auch Vertreter/innen von NRO trauen sich in ihren Publikationen und auf Seminaren heute Missstände viel offener zur Sprache zu bringen als noch vor wenigen Jahren. Und dass, obwohl der Geheimdienst nahezu omnipräsent ist. Immer wieder ist auf Seminaren zu hören: „Ich weiß zwar, dass unter uns jemand vom Geheimdienst ist und dass alles, was ich hier sage, berichtet wird...“.

Dennoch gibt es auch heute Einschränkungen der Meinungsfreiheit, die spätestens im Wahlkampf zu offenen Konflikten führen könnten. Der bekannteste Versuch der Unterbindung freier Meinungsäußerung ist die jahrelange Hinauszögerung von Sendekonzessionen des katholischen Radiosenders „Ecclesia“. Mit immer neuen Argumenten verhinderte das angolische Kommunikationsministerium, dass der

¹¹ Quellen: Angola Country Report des englischen Innenministeriums, Oktober 2004; OCHA Report on Humanitarian Situation in Angola, 2004; CIA Factbook, Februar 2005

Radiosender über die Grenzen von Luanda zu empfangen war. Auch als die Stationen in Huambo, Lubango und anderen Städten längst sendebereit waren, wurden Ecclesia immer neue Auflagen gemacht oder Genehmigungen verzögert. Dieses Problem war noch nicht ganz gelöst, da sorgte der Kommunikationsminister durch ein Interview für neuen Zündstoff. Passend zur internationalen Rhetorik im Jahr 2003 nannte er die Redakteure von Radio Ecclesia „Terroristen mit Antennen“. Dabei hatten diese der Bevölkerung von Luanda in einer Hörersendung nur die Möglichkeit gegeben, ihren Unmut über ihre Lebensbedingungen und nicht zuletzt über Missstände in der Stadt frei zu äußern. Die angedrohte Schließung von Radio Ecclesia konnte nur dadurch verhindert werden, dass sich die katholische Bischofskonferenz in einem offenen Brief an den Minister für das Verhalten der zuständigen Redakteure entschuldigte.

Einschüchterungen oder gar Misshandlungen von Journalisten haben bereits seit Ende der sogenannten „stalinistischen Phase“ im Jahr 1991 deutlich abgenommen. Einer der letzten dokumentierten Einschüchterungsversuche fand im Jahr 2003 statt, als der Journalist Jorge Artur von der Wochenzeitung „Folha 8“ fast zwei Monate von der Polizei festgehalten wurde, als er Informationen über die skandalöse Privatisierung eines Hotels in Luanda sammelte. Öffentlich Proteste sorgten dafür, dass alle Anklagepunkte fallen gelassen wurden, und Jorge Artur freikam.

Staatliche Zuschüsse erhalten nur die Medien in Staatsbesitz. Diese sind zwar unter Regierungskontrolle, wagen jedoch immer wieder auch vorsichtige Kritik an den Eliten. Dass der Regierung diese von ihr abhängigen Medien einiges wert sind, zeigt ein Blick in die Statistik: die staatlichen Medien erhielten im Jahr 2002 rund 89 % aller Zuschüsse für Staatsbetriebe. Größte Empfänger waren das nationale Fernsehen TPA mit 28,6 % und der nationale Radiosender RNA mit 34,1 %. Diese beiden Medien sind die einzigen mit landesweiter Ausstrahlung. Die Tatsache, dass nur sie in nationalen Sprachen senden, verstärkt noch ihre Dominanz. Die staatseigene Zeitung „Jornal de Angola“ ist immer noch die einzige Tageszeitung des Landes. Zwar konnten sich im Zuge des Friedensprozesses in den Jahren 1991/92 insgesamt acht Wochenzeitungen etablieren (die wichtigsten davon sind „Folha 8“, „Agora“ und „O Angolense“). Diese werden jedoch fast ausschließlich in Luanda verkauft. Gemeinsam haben sie eine Auflage von weniger als 50.000 Exemplaren und kämpfen somit ständig um ihr Überleben.

1.2. Aktuelle Brennpunkte und ihre Dynamik

1.2.1. Fehlende Versöhnung und schwierige Reintegration

Der langjährige Krieg in Angola ist sowohl das Ergebnis tief greifender Spannungen in der Gesellschaft als auch Ursache neuer Gräben und Ressentiments. Das brutale Vorgehen von Regierungsarmee und Rebellenarmee hat schätzungsweise einer Million Angolanern das Leben gekostet. Angola gehört weltweit zu den Ländern mit den meisten Kriegsversehrten. Die Infrastruktur des Landes wurde weitgehend zerstört. Statt in Bildung und Gesundheit wurde über Jahrzehnte in den Krieg investiert. Nach UN-Schätzungen wurden 4,5 Millionen der rund 14 Millionen Einwohner zu Flüchtlingen im eigenen Land. Weitere 450.000 Menschen flohen vor den Kriegshandlungen in die Nachbarländer und kehrten mit Unterstützung des UNHCR oder spontan zurück.

Die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen stellt eine enorme Belastung für die Betroffenen und eine starke logistische Herausforderung für nationale und internationale Hilfsorganisationen dar. Oft werfen die Verbliebenen den Geflohenen vor, mit der UNITA paktiert zu haben oder gar für den Tod von Angehörigen verantwortlich zu sein. In Einzelfällen weigert sich die Dorfgemeinschaft, Rückkehrer aufzunehmen oder Häuser und Felder von Rückkehrern werden in Brand gesteckt. Häufiger kommt es zu Streitigkeiten um Land, das während des Exils von den Verbliebenen genutzt wurde. Gemessen an der Dimension und dem damit verbundenen Konfliktpotenzial sind gewaltsame Auseinandersetzungen aber eher selten. Es dominiert die Haltung „Ihr wolltet den Krieg ebenso wenig wie wir. Ihr wart Opfer, wir waren Opfer“.¹²

Noch schwieriger stellt sich die Reintegration der ehemaligen Kämpfer dar. Etwa 97.000 ehemalige UNITA-Kämpfer wurden im Rahmen des Waffenstillstandsabkommens von Luena demobilisiert. Mit ihnen kamen rund 280.000 Familienangehörige in speziell für die Demobilisierung eingerichtete Lager. Die Zahl der abgegebenen Waffen war extrem gering. Nur jeder dritte Ex-Kombattant brachte überhaupt eine Waffe mit; viele davon waren veraltet. Beobachter gehen davon aus, dass ein großer Teil der Waffen bis heute in Verstecken liegt. Die Regierung hat in den Jahren 2004 und 2005 Suchaktionen nach Waffenverstecken gestartet, die zum Teil auch erfolgreich waren¹³. Drei Jahre nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens laufen die versprochenen Programme zur wirtschaftlichen Reintegration der Demobilisierten nun schleppend an. Wichtigster Geldgeber des nationalen Reintegrationsprogramms PGDR¹⁴ ist die Weltbank. Koordiniert werden die Programme vom Institut zur Sozialen und Ökonomischen Reintegration von Ex-Militärs (IRSEM)¹⁵.

Durch die Interviews konnten fünf zentrale Probleme und Konfliktpotenziale beim angelaufenen Reintegrationsprogramm identifiziert werden:

1. IRSEM ist trotz mehrerer Trainings für das Personal fachlich ganz offensichtlich mit der Aufgabe überfordert. Hinzu kommt, dass das Führungspersonal zum größten Teil aus (ehemaligen) Offizieren und Generälen der Regierungsarmee besteht. Viele

¹² Äußerung eines traditionellen Dorfchefs in der Provinz Huambo. Ähnlich äußerten sich auch mehrere andere Interviewpartner.

¹³ Laut der durchgeführten Interviews wurden dabei in der Provinz Huambo zwei und in Malanje ein größeres Versteck von Waffen aufgedeckt. Einige Interviewpartner bezweifelten allerdings, dass diese Waffen tatsächlich wie geplant vernichtet wurden.

¹⁴ PGDR = Programa Geral para Desmobilização e Reintegração

¹⁵ Instituto de Reinserção Social e Económica de Ex-militares

Mitarbeiter in den Provinzen kämpften vorher auf Seiten der Regierungsarmee und genießen bei den früheren Feinden wenig Vertrauen. Verschlechtert wird die Situation durch die allgemein im Staatsdienst anzutreffende Korruption und fehlende Motivation. Allerdings sind auch hier motivierte und integere Mitarbeiter anzutreffen.

2. Ein weiteres Problem des PGDR ist die fehlende Nachhaltigkeit der Maßnahmen, die hauptsächlich aus der Übergabe von landwirtschaftlichen Produktionsgütern bestehen und kaum Komponenten einer längerfristigen technischen Unterstützung und Begleitung aufweisen. Darüber hinaus erschwert die Mobilität der Zielgruppe die Erreichung derselben: die Demobilisierten sind häufig nicht mehr an den Orten anzutreffen, wo sie registriert wurden bzw. vermutet werden.
3. Einige der von IRSEM zur Durchführung der Programme ausgewählte NRO sind nicht ausreichend auf eine so komplexe und sensible Aufgabe wie die Reintegration von Ex-Soldaten vorbereitet.
4. Die veranschlagten Mittel reichen nicht für flächendeckende Programme. Das liegt einerseits an der Zurückhaltung bilateraler Geber, andererseits daran, dass sich fast doppelt so viele Personen wie erwartet als Demobilisierte haben registrieren lassen.
5. Das wohl größte Konfliktpotenzial stellte bisher die Exklusivität der Reintegrationsangebote für Demobilisierte des Abkommens von Luena dar. Damit waren vom PGDR-Programm sowohl alle ehemaligen Soldaten der Regierungsarmee ausgeschlossen als auch diejenigen UNITA-Kämpfer, die im Rahmen der Abkommen von Lusaka (1994) und Bicesse (1991) demobilisiert wurden oder die ins Ausland geflüchtet waren und deshalb nicht demobilisiert wurden. Zu der Gruppe der Ausgeschlossenen gehörte auch die Mehrzahl der Frauen und Kindersoldaten, die von ihren militärischen Vorgesetzten daran gehindert wurden, als Demobilisierte registriert zu werden.

6. Inzwischen hat die angolansische Regierung ein „Subprograma para a Reintegração dos Desmobilizados de Bicesse e Lusaka“ in Höhe von ca. US\$ 5 Mio. verabschiedet, dessen erste Phase im August 2005 angelaufen ist. Dieses ist allerdings schlecht geplant und die Umsetzung wird dadurch behindert, dass keine verlässlichen und aktuellen Daten über diese Zielgruppe mehr vorhanden sind. Vermutlich im Jahr 2006 wird mit der Demobilisierung und Reintegration von bis zu 33.000 Soldaten der Regierungsarmee begonnen.

Die ansässige oder rückkehrende Zivilbevölkerung kann und will nicht recht einsehen, warum gerade die ehemaligen Soldaten durch die Programme unterstützt werden, die aus ihrer Sicht verantwortlich für den Tod von Angehörigen, Folter, Verstümmelungen und Vertreibung sind. Problematisch ist zum Beispiel, wenn im Rahmen des PGDR Zugtiere an Ex-Kämpfer der UNITA in solchen Gebieten verteilt werden, in denen der lokalen Bevölkerung das Vieh während des Krieges systematisch geraubt wurde. In der Provinz Huambo kam es deshalb schon zur Vertreibung kürzlich angesiedelter Demobilisierter und ihrer Familien. Nicht wenige Gesprächspartner waren der Meinung, dass das PGDR in seiner jetzigen Form mehr zur Desintegration als zur Integration der Ex-Kämpfer beiträgt.¹⁶

¹⁶ Zum Zeitpunkt der Studie gab es widersprüchliche Meldungen darüber, ob die Vergabekriterien des PGDR mittlerweile so verändert wurden, dass bis zu 25% der Zielgruppe ehemalige Soldaten sein können, die nicht im Rahmen des Luena-Abkommens demobilisiert wurden. Laut einem Berater des PGDR wird diese Aufweichung der Kriterien seit langem gefordert, aber sowohl von Seiten des IRSEM als auch der Weltbank mit Hinweis auf die große Zahl der Demobilisierten bislang abgelehnt.

Ganz anders sehen dies viele Demobilisierte selber. Sie halten die im Rahmen des PGDR-Programms angebotenen Hilfen für völlig unzureichend. Den Regierungsstellen werfen sie vor, bei der Neubesetzung von Stellen als Lehrer, Krankenpfleger oder auch bei Polizei und Militär systematisch ausgegrenzt zu werden. Gleiches gilt für Versuche, ein Gewerbe anzumelden:

„Für die Ex-Soldaten der Regierungsarmee ist es viel einfacher einen Job im Staatsdienst zu bekommen. Zudem haben unsere Leute so gut wie keine Chance, eine Lizenz für ein Handwerk oder ein sonstiges Geschäft zu bekommen“.¹⁷

Die Provinz Malanje war in den Kriegsjahren 1998 bis 2001 Schauplatz brutaler Militäraktionen seitens der UNITA, nachdem hier im Jahr 1993 durch die Regierungsarmee Tausende von Angehörigen des Ovimbundo-Volkes gejagt und getötet worden waren. Seit dieser „ethnischen Säuberung“ leben nur noch sehr vereinzelt Ovimbundo in der Provinz. Nach der Demobilisierung haben sich die meisten der Ex-Soldaten in Malanje mit ihren Angehörigen in der Kleinstadt Caculama niedergelassen¹⁸. Seitdem besteht der Ort aus einem Regierungsteil und einem UNITA-Teil. Die meisten der Demobilisierten planten, in die Provinzen Huambo und Bié umzusiedeln, da sie sich in der Provinz Malanje bedroht fühlten. Der im Rahmen des DDR-Programms zugesagte Transport an einen Wohnort nach Wahl wurde jedoch bisher nicht durchgeführt. Hier sind insbesondere im Rahmen des Wahlprozesses gewaltsame Konflikte zu erwarten.

1.2.2. Präsidentschafts- und Parlamentswahlen

Nach langem Tauziehen um den Wahltermin zwischen MPLA und Oppositionsparteien ist nunmehr ein Termin für die ersten Wahlen nach dem Krieg in der zweiten Jahreshälfte 2006 oder im ersten Halbjahr 2007 wahrscheinlich. Neben dem genauen Wahltermin bleibt aber bislang unklar, ob die Präsidentschaftswahlen zeitgleich mit den Parlamentswahlen oder erst später stattfinden sollen.

Den geplanten Wahlen wird überall mit Skepsis oder gar Angst entgegen gesehen. Diese Haltung ist vor dem Hintergrund der jüngeren Geschichte verständlich: die bislang einzigen Wahlen im November 1992 wurden von der unterlegenen UNITA nicht akzeptiert. Gewaltsamen Auseinandersetzungen, teilweise mit Pogromcharakter, in zahlreichen Städten des Landes folgte der Wiederausbruch des Krieges. Verständlich, dass vor allem die (weibliche) Landbevölkerung, die am meisten unter dem Krieg zu leiden hatte, Angst vor einer Wiederholung der Ereignisse hat.

In einige der besuchten Dörfer sind bislang weniger als die Hälfte der ehemaligen Bewohner zurückgekehrt. Das liegt einerseits an fehlenden Schulen und Gesundheitseinrichtungen, andererseits wollen viele den Ausgang der Wahlen abwarten und erst dann in ihre Dörfer zurückkehren, wenn der Frieden auch nach den

¹⁷ Aussage eines Vertreters der UNITA in Huambo.

¹⁸ Ein Besuch Caculamas war im Rahmen der Feldbesuch aus Zeitgründen nicht möglich. Die hier gemachten Angaben basieren auf den Aussagen von Mitarbeiter/innen einer angolischen NRO, die in Caculama tätig ist.

Wahlen hält.¹⁹ Da auch bei den kommenden Wahlen nach dem Prinzip „The winner takes it all“ verfahren wird und Wahlen auf Provinzebene nicht in Betracht gezogen werden, scheint die Angst durchaus rational. Auch wenn die Angst vor neuer Gewalt verbreitet ist: eine Rückkehr zum Krieg ist selbst im Rahmen des Wahlprozesses nicht zu erwarten. Die ehemaligen militärischen Führer wurden teilweise in die neue Armee aufgenommen, besetzen wichtige Ämter in der Partei oder sind als Unternehmer erfolgreich. Den einfachen Soldaten fehlt es zwar weder an Frustrationspotenzial noch an Waffen, doch scheint ihre Organisationsfähigkeit zu gering, um eine echte Bedrohung für den Frieden darzustellen.

Trotzdem stellen die anstehenden Wahlen eine Bedrohung des fragilen Friedensprozesses dar. Im Einzelnen zählen zu diesen Bedrohungen:

- Fehlende Akzeptanz des politischen Gegners, denn weder die Vertreter der Parteien selbst noch deren Anhänger akzeptieren andere Parteien. Das Prinzip des Wettbewerbs von Parteien findet nur geringe Anerkennung.
- Statt Programme zu erarbeiten und damit zu werben, konzentrieren sich vor allem die beiden großen Parteien MPLA und UNITA auf die Diffamierung des Gegners und auf Schuldzuweisungen für die Gewalt in der Vergangenheit. Damit droht der Wahlprozess die ohnehin geringen Erfolge der Versöhnung zunichte zu machen;
- Schon vor Beginn des Wahlkampfs häufen sich Berichte über Einschüchterungen der politischen Gegner bis hin zu direkter Repression. Die MPLA bedient sich dabei des gesamten Staatsapparats und ihres gewaltigen Parteiapparats. Eine besonders unrühmliche Rolle spielt dabei die Jugendorganisation der MPLA, die JMPLA. Deren Vertreter/innen werden als „Scharfmacher“ eingesetzt und schrecken auch nicht vor Gewaltanwendung zurück. Gleiches gilt für den MPLA-nahen Zivilschutz, der gut bewaffnet und trotz offizieller Auflösung in den Städten sehr präsent ist.
- Die MPLA und die MPLA-dominierte Regierung setzen systematisch traditionelle Autoritäten unter Druck. Dazu gehören das obligatorische Hissen der MPLA-Fahne im Dorf und die Organisation von Parteiveranstaltungen, sowie das gewaltsame Vorgehen gegen andere Parteien. Dort, wo sich traditionelle Autoritäten dem Druck und Kooptionsversuchen entziehen, droht ihnen die Entmachtung. Daneben unterstützen viele traditionelle Führer (Sobas) ohne Druck die Regierungspartei MPLA, sei es aus traditioneller Verbundenheit, sei es wegen Kooption durch Bezug eines Monatsalärs durch die Regierung.
- Veranstaltungen der Oppositionsparteien werden von staatlichen Stellen erschwert und von MPLA-nahen Organisationen gewaltsam gestört. Teilnehmer berichten über Kündigungsdrohungen ihres öffentlichen Arbeitgebers. Als Grundlage für solche Drohungen dienen offensichtlich Informationen des Geheimdienstes und des Zivilschutzes.
- Die Chancengleichheit der Parteien beim Kampf um Stimmen ist nicht annähernd gewährt. Die größten Fernseh- und Radiosender sowie die einzige national vertriebene Zeitung werden von der Regierung und damit von der MPLA kontrolliert. Die Regierungspartei gibt sich nicht einmal den Anschein, Regierung und Partei voneinander zu trennen. Neben dem Staatsapparat verfügt die MPLA über ungleich höhere Mittel für den Wahlkampf als die UNITA. Keine der übrigen Oppositionsparteien verfügt über die Finanzen und die Infrastruktur, um einen nationalen Wahlkampf führen zu können. In vielen Munizipien sind bisher nur ein oder zwei Parteien vertreten, die anderen sind dort völlig unbekannt.

¹⁹ Diese Haltung war besonders in der Provinz Huambo anzutreffen. Interviews des Verfassers in der Provinz Kuanza Sul und Benguela im Jahr 2004 untermauern, dass rund 25% der Inlandsvertriebenen eine Rückkehr erst nach den ersten nationalen Wahlen planen.

- Die Dringlichkeit von nationalen Programmen zur Wähleraufklärung wird von allen anerkannt und einige nationale und internationale Organisationen haben bereits damit begonnen. Flächendeckende Programme sind aber nicht in Sicht. Damit ist zu befürchten, dass zum Wahltermin nur ein geringer Anteil der Bevölkerung über Demokratie und den Wahlmodus informiert wurde.
- Bei den ersten Wahlen im Jahr 1992 erzielte die UNITA die weitaus meisten Stimmen im zentralen Hochland Angolas und in der Provinz Benguela, die mehrheitlich von Ovimbundo bewohnt werden. Obwohl sie nach dem offiziellen Wahlergebnis nur 34% der Stimmen auf nationaler Ebene gewann, erhielt sie hier bis zu 77% der Stimmen zur Parlamentswahl und sogar bis zu 84% bei der Präsidentschaftswahl. Ein Jahr vor den geplanten Wahlen zeichnet sich ab, dass die Ausstellung von Personalausweisen in einigen Provinzen des zentralen Hochlands weitaus zögerlicher vorangeht als in anderen Provinzen. Da der Besitz eines Personalausweises (alternativ zu Demobilisierungskarte, Führerschein und Zeugen) Voraussetzung für die Wahlregistrierung ist, wird von manchen Beobachter/innen gefürchtet, dass der Wahlausgang schon lange vor der Wahl dadurch beeinflusst wird, dass viele Bewohner (beabsichtigt oder nicht) von der Wahl ausgeschlossen werden. Sollte sich diese Tendenz fortsetzen, steckt darin jede Menge Konfliktpotenzial.
- Zündstoff für die Zukunft bietet auch die Zusammensetzung der nationalen Wahlkommission. Während andere Teile des Gesetzespakets zu den Wahlen im Konsens beschlossen wurden, setzte sich die MPLA-Mehrheit im Parlament über Bedenken von Opposition und NROs hinweg.²⁰ Gemeinsam mit den vom Präsidenten zu ernennenden Mitgliedern wird die MPLA die Wahlkommission dominieren. Dies könnte vor allem bei einem umstrittenen Wahlausgang zu heftigen Kontroversen im Land führen. Auch die Abwesenheit der Zivilgesellschaft in der Wahlkommission wird von vielen als vertane Chance angesehen, dem Gremium mehr Legitimität zu verschaffen. Ebenfalls bedenklich erscheint, dass die Wahlkommission anders als mit dem Direktorat 1992 nunmehr kein starkes Exekutivorgan unter sich hat. Es besteht die Gefahr, dass die Wahlkommission lediglich die Anweisungen von Regierung und Partei „abnickt“ und nur über geringen Einfluss verfügen wird.

1.2.3. Der Prozess der Dekonzentration / Dezentralisierung

Angola ist ein extrem zentralistisch organisierter Staat, in dem alle Macht beim Präsidenten, den Militärs und dem Parteiapparat der MPLA liegt. So kann der Präsident nach Gutdünken jeden einzelnen Gouverneur ernennen oder entlassen. Erst seit dem Jahr 2002 haben Diskussionen über die Ineffektivität dieses Zentralismus zu ersten kleineren Veränderungen hin zu einer „Dekonzentration“ geführt. Wichtigste Änderungen sind die Übertragung der Planungsverantwortung und eines Teils der Finanzhoheit an Provinzregierungen und Munizipalverwaltungen. Wahlen auf Provinzebene werden jedoch bislang vor allem von der MPLA abgelehnt. Ende August 2004 fand eine nationale Konferenz zur Dezentralisierung²¹ statt, die von der angolischen Regierung (Federführung des Ministeriums zur Verwaltung des

²⁰ In einem Gespräch des Verfassers mit dem Generalsekretär der UNITA, Isaías Samakuva, bezeichnete dieser das Votum der MPLA-Mehrheit im Parlament zur Zusammensetzung der nationalen Wahlkommission als Provokation für alle übrigen Parteien, die deutlich mache, dass die MPLA mit allen Mitteln versuchen werde, die Wahlen zu gewinnen, zur Not mit Manipulation.

²¹ O Primeiro Encontro Nacional sobre a Administração Local.

Territoriums, MAT) und dem UNDP abgehalten wurde, und an der alle Provinzgouverneure sowie zahlreiche Distrikt- und Kommunalverwalter teilnahmen. In seiner Eröffnungsrede betonte Staatspräsident Eduardo dos Santos den Willen der Regierung, die Bedingungen zur Institutionalisierung von autonomen Kommunen zu schaffen. In einem umfassenden Programm solle nach einer ersten Phase der Dekonzentration, die auch die Fiskaldezentralisierung beinhaltet, die Einrichtung der kommunalen Selbstverwaltung folgen. Ein strategischer Plan zur Dekonzentration der Verwaltung, ebenso mit Hilfe des UNDP erarbeitet, existiert bereits. Lokalwahlen würden aber erst nach den allgemeinen Wahlen (2006/7) stattfinden können.

Ein komplexes Programm des UNDP zu Dezentralisierung und Local Governance war zuvor im Juli 2004 verabschiedet worden. Das Programm, das von UNDP in Kooperation mit dem MAT sowie in Koordination mit dem Planungsministerium und dem Finanzministerium implementiert wird, beinhaltet fünf Komponenten:

1. Die Unterstützung zur Schaffung eines legalen und institutionellen Rahmens für die Dezentralisierung;
2. Capacity Development für die Dezentralisierung und Entwicklung auf Ebene der Municipien, vor allem die Unterstützung von dezentralen Planungs-, Budgetierungs- und Managementprozessen;
3. Die Unterstützung der demokratischen Partizipation und der Kommunalwahlen;
4. Die Unterstützung der Fiskaldezentralisierung, Finanzmanagement und Auditing, u.a. durch die Einrichtung eines Municipal Development Funds (MDF), der in vier Pilotmunicipien beispielhaft erprobt werden soll²². Dieser wird von den Gebern gespeist, soll aber zu Projektende in einen staatlichen Ausgleichfonds für die Kommunen überführt werden;
5. Landmanagement, –vergabe und –registrierung.

Einige Empfehlungen der im November 2004 von DFID bestellten Mission zur Evaluierung des Programms betrafen die dringende Notwendigkeit eines regelmäßigen Austausches verschiedener Piloterfahrungen in dem Bereich Local Governance, Partizipation und Dezentralisierung, die Entwicklung eines gemeinsamen Kriterienrasters für das Wirkungsmonitoring, die Verbesserung des Informationsflusses u.a. durch den Aufbau einer Website, die Identifizierung von Best Practices und die systematische Rückfütterung in den politischen Prozess.

Derzeit existiert bereits eine informelle Gruppe zum Thema Dezentralisierung, die sich unregelmäßig zur Diskussion trifft, immer wenn eines der Mitglieder²³ ein Thema vorschlägt. Neuerdings plant das MAT diese informelle Gruppe ab 2006 in ein offizielles Beratungsgremium zu überführen, das sich im Rahmen eines neu aufgelegten Pilotprogramms zur Dezentralisierung regelmäßig auf Initiative des MAT treffen soll. Das Regierungsprogramm 2005/2006 sieht erstmals die Schaffung von 41 Pilotmunicipien vor, in denen die kommunale Selbstverwaltung erprobt werden soll.²⁴

²² Kilamba Kiayi, Provinz Luanda; Sanza Pombo, Provinz Uíge; Camacupa, Provinz Kuito; Calandula, Provinz Malange. Hauptkriterium zur Auswahl dieser Pilotmunicipien war die Diversität dieser Orte, d.h. Binnenland-Küste, Bevölkerungsreichtum bzw. –armut, Unversehrtheit bzw. Zerstörung durch den Krieg. Darüber hinaus wurden Municipien in den Provinzen ausgewählt, die in den Genuss des US\$ 200m teuren Infrastrukturprogramms der Weltbank (EMRP) kommen werden.

²³ Hier sind multilaterale Geber (EU, Weltbank) ebenso Mitglied wie UN-Organisationen (UNDP), bilaterale Geber und Entwicklungsagenturen (NORAD; DFID; GTZ), sowie internationale und nationale NRO bzw. Stiftungen (z.B. FES, Care, Save the Children, ADRA).

²⁴ Allerdings ist hierfür im Staatshaushalt 2005 kein Budget eingestellt worden. Laut Vizeminister Mota Liz ist geplant, in den Staatshaushalt 2006 erstmals Mittel für dieses Pilotprogramm einzustellen.

Inzwischen hat das MAT neben UNDP weitere nationale und internationale Entwicklungspartner für dieses Programm gewonnen. Somit werden derzeit in 12 der 41 Gemeinden Pilotmaßnahmen nach dem Muster des UNDP-Programms durchgeführt. Bei den Entwicklungspartnern handelt es sich um Chevron/USAID, sowie den von Weltbank und EU kofinanzierten „Fundo de Apoio Social“ (FAS). Ein gemeinsames „Steering Committee“ der Geber und Implementierungsagenturen im Verbund mit dem MAT soll die Maßnahmen und das Monitoring gemeinsam koordinieren.

Auch wenn sich an der Machtfülle des Präsidenten und seiner engsten Vertrauten sich bis heute nicht sehr viel geändert hat, ist durch die Diskussion um die notwendige „Dekonzentration“ ein Prozess in Gang gesetzt worden, der bereits jetzt für erheblichen Zündstoff sorgt. Dieser Prozess sieht vor, dass zunächst die Verantwortung für die Planung und Umsetzung von Programmen, Aktivitäten und Haushaltsbudgets von den Ministerien in Luanda an die Provinzen übertragen wird. Seit Januar 2005 ist diese Verantwortung teilweise an die Munizipien übergeben worden. Bisher haben die Ministerien bei der sensiblen Frage der Mittelverwendung noch eine starke Position, da Provinzen und Munizipien kaum über eigene Mittel verfügen und auf Überweisungen aus Luanda angewiesen sind. Mittelfristig sollen Provinzen und Munizipien, später auch Kommunen, ebenfalls für die Einnahmeseite verantwortlich sein.

Der wichtige und längst überfällige Schritt zur Dezentralisierung birgt im angolanischen Kontext eine Menge Konfliktpotential. Da die Verantwortung für die Verwendung von Geldern auch immer mit der Möglichkeit der persönlichen Bereicherung verbunden ist, wird zurzeit hinter den Kulissen mächtig um Pfründe gestritten. Einige Beispiele:

- Einige mächtige Provinzgouverneure (zumeist ehemalige Generäle) ignorieren die nationalen Ministerien weitgehend und stehen in direkter Verbindung mit dem mächtigen Präsidentenpalast. Programme werden mit Geberorganisationen ausgehandelt, ohne dass die Ministerien informiert werden. Die bisher recht mächtigen Minister nehmen diesen Machtverlust nicht kampflos hin;
- Mittlere bis größere öffentliche Bauvorhaben wurden bisher weitgehend in Luanda ausgehandelt und abgerechnet. Dagegen gibt es in den Provinzen, die stärker als bisher an diesem lukrativen Geschäft teilnehmen wollen, zunehmend Widerstand.
- Selbst einige Distriktadministratoren lehnen sich gegen die „Gängelung“ durch Ministerien und Provinzregierungen auf und boykottieren die Zusammenarbeit dort, wo ihre Abhängigkeit begrenzt ist.

Der Ausgang dieses Pokers um Macht und Geld erscheint zur Zeit ungewiss und wird im Einzelfall sehr stark davon anhängen, welche Position ein Gouverneur innerhalb der MPLA hat und wie gut seine Verbindungen zu Präsidialamt und Militärapparat sind.

1.2.4. Landkonflikte

Nach jahrelangen Verhandlungen wurde im November 2004 das neue Landgesetz verabschiedet. Wie zuvor gibt es kein privates Eigentum an Land; dieses bleibt weiterhin Staatseigentum. Das Gesetz enthält wichtige Regelungen über Nutzungsrechte von städtischem Land und Agrarland, Wohnheitsrechte dörflicher Gemeinschaften, die Einführung von Nutzungsgebühren für Großgrundbesitz, Entschädigungsrechte im Fall von Enteignungen und über Möglichkeiten und Grenzen

der Vererbung - auch für Frauen - und der Weitergabe von Nutzungsrechten. Den traditionellen Autoritäten und dörflichen Gemeinschaften wird nunmehr ein Mitspracherecht bei der Vergabe von Nutzungsrechten eingeräumt.

Zum ersten Mal in der angolanischen Geschichte hat sich ein Teil der organisierten Zivilgesellschaft aktiv an einem Gesetzgebungsprozess beteiligt. Allen voran angolanische NRO, die im ländlichen Raum arbeiten²⁵, und die vom Parlament ausdrücklich zur Mitarbeit aufgerufen worden waren. Die beteiligten NRO kritisierten einige Details des neuen Gesetzes, wie das Fehlen von Regelungen zu Eigentum und Nutzungsrechten an Bodenschätzen oder die vagen Textpassagen zu Nutzungsrechten des Familiensektors, die über 85% der angolanischen Bevölkerung betreffen. Die Reaktionen auf das Gesetz waren aber überwiegend positiv.

Die Kritik richtet sich zurzeit darauf, dass die notwendigen Durchführungsbestimmungen zum Landgesetz bislang nicht verabschiedet wurden, obwohl dies laut Gesetz spätestens bis zum 9.5.2005 hätte geschehen müssen. Dies führt zu Rechtsunsicherheit und dazu, dass anhängige Streitigkeiten vor Gericht auf Eis gelegt werden. Beobachter befürchten, dass die so genannten „Haie“²⁶ dieses Vakuum ausnutzen, um illegale Landaneignungen fortzusetzen oder sogar zu intensivieren. In den Provinzen Huila, Benguela und Kuanza Sul gibt es deutliche Anzeichen einer Verschärfung der Konflikte.

Oft wissen die betroffenen Familien gar nicht, dass andere sich ihr vererbtes Land angeeignet haben. Durch Beziehungen oder Korruption lassen sich die „Haie“ Nutzungsrechte über große Ländereien bei den Behörden eintragen. Viele haben gar kein Interesse, diese zu nutzen, spekulieren aber darauf, das Land in einigen Jahren „verkaufen“ zu können. Auf diese Weise soll bereits über die Hälfte der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche in der Provinz Malanje den Besitzer gewechselt haben. Und dies, obwohl sowohl das alte wie das neue Landrecht die Nutzungsrechte des Subsistenzsektors schützen, die Übereignungen also rechtswidrig sind. In einigen wenigen Fällen konnten Betroffene mit Hilfe von angolanischen NRO gerichtlich gegen illegale Aneignungen vorgehen. Manchmal reichte sogar die Ankündigung eines juristischen Widerstands. In einigen Fällen greifen die Familien auch zu Selbsthilfe und reißen errichtete Zäune ein, bedrohen die Arbeiter der neuen Großgrundbesitzer oder töten deren Vieh.

Auch in den Städten, allen voran in der Hauptstadt Luanda, haben Konflikte um Land in den letzten Jahren stark zugenommen. Wie beim Agrarland sind sowohl gewaltsame Vertreibungen der Bewohner ohne jegliche Rechtsgrundlage als auch solche, die auf der dubiosen Erwirkung von Landtiteln (meist mittels Bestechung) beruhen, zu beobachten. Eine andere Form der Vertreibung der Bevölkerung ist die staatlich angeordnete, die mit Hinweis auf Gesundheitsgefahren oder übergeordnete Interessen erfolgt. Meist bekommen die Betroffenen keine Entschädigung. Nicht selten entstehen auf dem enteigneten Land schon nach kurzer Zeit Wohnsiedlungen, deren Eigentümer selbst Regierungsmitglieder sind oder gute Beziehungen zu Regierungsstellen haben.

²⁵ Hier hat sich vor allem das Netzwerk „Rede Terra“, hervorgerufen, aber auch ADRA und kirchliche Organisationen wie MOSAIKO, IECA, die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden und Caritas.

²⁶ Als Haie („tubarões“) werden im Volksmund einflussreiche Personen und Familien bezeichnet, die ihre Interessen ohne Rücksicht auf Gesetze oder Gewohnheitsrecht auf Kosten der ärmeren Bevölkerung durchsetzen. Dazu gehören gewaltsame Landvertreibungen einschließlich des Abrisses ganzer Dörfer, die den betroffenen Familien oft die Lebensgrundlage entziehen.

Aufgrund der Vielzahl von Vertreibungen, illegalen Landnahmen und strittigen Fällen sowohl in Luanda als auch in den Provinzen besteht hier ein Konfliktpotenzial, das einige der Gesprächspartner für die weitaus größte Herausforderung Angolas in den nächsten Jahren halten.

1.2.5. Kampf um Cabinda

Zur Exklave Cabinda gehören die größten erschlossenen Ölreserven Angolas. Weitere riesige Ölfelder wurden in den letzten Jahren vor der Küste Cabindas entdeckt. Dieser Ölreichtum, der rund zwei Drittel der angolanischen Öleinnahmen ausmacht, erklärt die Unerbittlichkeit der seit 1974 nahezu ohne Unterbrechung andauernden Kämpfe und ebenso die Tatsache, dass es in den jahrelangen Verhandlungen zwischen der Regierung Angolas und der in mehrere Fraktionen zerfallenen Unabhängigkeitsbewegung FLEC²⁷ zu keiner Annäherung geschweige denn einer Einigung gekommen ist. Bei verschiedenen Verhandlungsrunden ging es daher auch nur um die Frage eines Autonomiestatus der Provinz als Teil der angolanischen Nation und um die Forderung nach einer prozentualen Beteiligung an den Öleinnahmen.

Nach mehreren gescheiterten Vermittlungsversuchen der katholischen Kirche, internationaler Organisationen und lokaler NRO hat die angolanische Regierung im Juni 2005 mit einer neuen Offensive begonnen, mit dem erklärten Ziel, den Konflikt militärisch zu lösen. Gegen einen militärischen Erfolg sprechen sowohl die dichten Wälder im Inneren der Provinz als auch der Rückhalt, den die FLEC bei großen Teilen der Bevölkerung genießt.

²⁷ FLEC = Frente de Libertação do Estado de Cabinda; Die wichtigsten Abspaltungen der FLEC sind die "FLEC-Forces Armadas Cabindesas" (FLEC-FAC), die "FLEC-Renovada" und die "Frente Democrática de Cabinda" (FDC).

1.3. Konfliktakteure

1.3.1. Wichtige nationale Konfliktakteure

Regierung

Angola ist formal eine Präsidentialdemokratie. Der Ministerpräsident und die Minister werden vom Präsidenten ernannt. Offizielle Bezeichnung der Regierung ist „Regierung der Einheit und nationalen Versöhnung“²⁸. Dieser Name geht auf das Friedensabkommen von Lusaka (1994) zurück, das auch Grundlage des Luena-Protokolls (2002) ist. In diesem jüngsten Abkommen wird akribisch geregelt, welche Posten für Minister, Vizeminister, Gouverneure und Munizipverwalter von der MPLA und welche von der UNITA berufen werden. Ihr jeweiliger Anteil entspricht dabei weitgehend dem Ergebnis der Parlamentswahlen von 1992.

Die Stellung der vier UNITA-Minister in der nationalen Regierung ist faktisch jedoch extrem schwach. Das liegt einerseits an der starken Stellung des Präsidentialamtes, das besonders die von der UNITA geführten Ministerien an der kurzen Leine führt. Ihre marginalisierte Position reflektiert aber auch die schwache Stellung der UNITA insgesamt, die, in Fraktionen zersplittert, kaum in der Lage ist, ihre Vertreter in der Regierung zu unterstützen. Während die sieben Vizeminister der UNITA fast ausnahmslos als Staffage dienen, muss die Position der Gouverneure und Munizipverwalter differenzierter betrachtet werden. Wie bei den MPLA-Vertretern gibt es auch hier Personen, die mehr an ihrer persönlichen Bereicherung interessiert sind und eine Klientel-Politik betreiben. Dagegen haben sich einige Munizipverwalter durch ihr Engagement einen guten Ruf erworben. Trotz einiger Benachteiligungen durch die Zentralregierung haben sie vorzeigbare Erfolge aufzuweisen.

Im Gegensatz zu ihrem Namen und ihrer gemischten Zusammensetzung trägt die Regierung kaum zur nationalen Versöhnung bei. Die MPLA nutzt ihre dominante Stellung aus und schreckt auch nicht vor Demütigungen der UNITA-Vertreter zurück. In den Kategorien des Konzepts „Do no harm“²⁹ gedacht, trägt GURN damit durchaus Merkmale eines „dividers“. Andererseits war es die Existenz von GURN, die es der UNITA-Führung ermöglichte, das Memorandum von Luena ohne großen Gesichtsverlust zu unterzeichnen, da die UNITA an der Macht beteiligt wurde. Ohne GURN wäre es durchaus denkbar, dass der Krieg auch mit einer geschwächten UNITA weiter gegangen wäre. Mit der Integration einiger der wichtigsten Führungskräfte der UNITA erfüllte GURN eine weitere Funktion als „connector“ im Sinne Mary B. Andersons.

²⁸ Governo de Unidade e Reconciliação Nacional (GURN)

²⁹ Anderson 1999: Do no Harm – How Aid can support Peace – or War. “Connector” sind nach dem Konzept Do no Harm Personen und Institutionen, die auf Interessenausgleich und Versöhnung abzielen. Als „divider“ werden Personen und Institutionen bezeichnet, die (bewusst oder unbewusst) zur Verschärfung von Konflikten und zur Spaltung innerhalb der Gesellschaft beitragen. Wie auch im Falle der GURN weisen die meisten Konfliktakteure sowohl Merkmale des „connectors“ als auch des „dividers“ auf.

MPLA

1975, im Jahr der Unabhängigkeit Angolas von Portugal, erlangte die MPLA mit Hilfe kubanischer Militärs die Oberhand im Kampf um die Vorherrschaft drei konkurrierender Befreiungsbewegungen. Seit nunmehr dreißig Jahren ist die Partei an der Macht, zunächst im Rahmen einer sozialistischen Einparteienherrschaft nach sowjetischem Vorbild, ab 1992 im Rahmen eines Mehrparteiensystems. Seit dem Jahr 1997 führt die MPLA als Mehrheitspartei die Regierung aufgrund des in Lusaka ausgehandelten Waffenstillstandes in Koalition mit UNITA und der Partei für Soziale Erneuerung (Partido de Renovação Social - PRS) als Regierung der Nationalen Versöhnung und des Wiederaufbaus.

Gab es innerhalb der Partei in den ersten beiden Regierungsjahren noch Ansätze interner Demokratie, wurde diese mit der blutigen Niederschlagung eines Putschversuchs im Jahr 1977 abrupt beendet. Seitdem wurde die Macht des Präsidenten sowie der ihm unterstehenden Militärs und des Geheimdienstes so stark ausgebaut, dass manche Angola auch heute noch als Diktatur oder Militärdiktatur bezeichnen.³⁰ Zwar gibt es sowohl im mächtigen Zentralkomitee der Partei als auch in der Parlamentsfraktion unbequeme Personen, die immer wieder abweichende Positionen vertreten, während offene Konfrontationen mit dem Präsidenten äußerst selten sind, da sie in der Regel das politische Aus der „Abweichler“ zur Folge haben.

Die MPLA ist straff organisiert und verfügt auch auf Provinz- und Munizipebene über starke und effiziente Strukturen. Beschlussfassende und ausführende Organe zwischen den Parteitagungen sind das 283-köpfige Zentralkomitee, das 43 Mitglieder zählende Politbüro und ein 9-köpfiges Sekretariat des Politbüros. Nach stalinistischem Vorbild ist dieses Sekretariat das eigentliche Machtzentrum. Von dort werden die sektorpolitischen Richtlinien vorgegeben, die dann durch die Fachminister auszuführen sind. Auf der Ebene der Munizipien sind die Parteisekretäre die einflussreichsten Personen und erteilen dem Vertreter der Regierung mitunter direkte Anweisungen. Daneben gewährleisten die sie den Informationsfluss an das Zentralkomitee der Partei.

In den Anfangsjahren setzte sich die MPLA nahezu ausschließlich aus Mitgliedern zusammen, die aus der Hauptstadt oder dem Norden des Lands kamen, was sich auch in der Zusammensetzung der Regierungen widerspiegelte. Diese Tatsache erleichterte es den Führern der UNITA, unter den Ovimbundo Anhänger für den bewaffneten Kampf gegen die Regierung zu rekrutieren. Seit Anfang der neunziger Jahre hat die MPLA ihre Strategie geändert und die Partei für Angehörige aller Ethnien geöffnet. Heute hat die Partei nach eigenen Angaben 1,2 Millionen Mitglieder.

Der Aufbau von effizienten Strukturen der UNITA und anderer Parteien in den Provinzen und Munizipien wird von der MPLA mit Argwohn beobachtet. Viele der Parteifunktionäre wurden in der Zeit der Einparteienherrschaft ausgebildet und können oder wollen andere Parteien nicht akzeptieren. So wurden Sobas in zahlreichen Dörfern aufgefordert, keine Vertreter anderer Parteien oder deren Symbole zu dulden.³¹ Sichtbarstes Zeichen dafür ist, dass selbst in (ehemaligen) UNITA-Hochburgen keine Flaggen der UNITA zu sehen sind, während die MPLA-Flagge in fast jedem Dorf weht.

³⁰ Diese Bezeichnungen tauchten bei den Interviews immer wieder auf, und nicht nur bei Gesprächen mit Vertretern der Oppositionsparteien, die der MPLA vorwerfen, faktisch weiterhin eine Einparteienherrschaft anzustreben.

³¹ Diese Schlussfolgerung lässt sich nach übereinstimmenden Aussagen zahlreicher Interviewpartner ziehen.

Häufig tritt die Partei bei Einschüchterungsversuchen oder Störungen von Oppositionsveranstaltungen nicht selbst in Erscheinung, sondern überlässt dies ihrer Jugendorganisation JMPLA. Berichte, nach denen sowohl MPLA als auch JMPLA Jugendliche anheuern, um mit Gewalt gegen UNITA und Oppositionsparteien vorzugehen, werden von Regierung und MPLA zurückgewiesen.

Seit der Transformation vom Sozialismus zur Marktwirtschaft Mitte der achtziger Jahre ist die Korruption in Angola ein allgegenwärtiges Phänomen geworden. Transparency International zählt Angola heute zu den zehn korruptesten Ländern der Erde. Nur zwei afrikanische Staaten schneiden noch schlechter ab.³² Nutznießer davon sind in erster Linie der Präsident und seine Familie, die mittlerweile über Beteiligungen an vielen Firmen verfügen und ein Milliardenvermögen angehäuft haben. Von der Korruption profitieren letztlich alle dafür offenen Staatsbediensteten, viele von ihnen Mitglieder der MPLA. Weder der Präsident noch die Partei sind jemals konsequent gegen Korruption vorgegangen. Kaum eine Woche vergeht, ohne dass die unabhängigen Zeitungen einen größeren Korruptionsskandal mit Beteiligung der Präsidentenfamilie oder hoch stehender Regierungsmitglieder anprangern. Dementsprechend ist das Ansehen der MPLA bei großen Teilen der Bevölkerung denkbar schlecht. Dennoch gilt die Partei dank ihrer enormen Ressourcen und mangels einer organisierten und effektiven Opposition, die als glaubwürdige Alternative gelten könnte, als großer Favorit für die 2006 geplanten Wahlen. Sogar eine Zweidrittelmehrheit kann nicht ausgeschlossen werden.

Der Präsident

Seit 1979 ist Eduardo dos Santos Präsident Angolas. Seine fast absolutistische Macht kommt u.a. in der Ämterhäufung zu Tage, die die Funktionen als Parteivorsitzender, als Chef des Zentralkomitees der MPLA und des Oberbefehlshabers der Armee umfasst. Er kann nach Gutdünken den Ministerpräsidenten und Minister entlassen. Von diesem Recht hat er in der Vergangenheit unzählige Male Gebrauch gemacht. Er hat das Präsidialamt in den vergangenen Jahren mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet und mit Aufgaben betraut, die früher dem Ministerpräsidenten oder Fachministern oblagen. Parallel dazu hat er die Präsidialgarde zu einer extrem gut ausgerüsteten militärischen Einheit ausgebaut, deren Mitglieder über zahlreiche Privilegien gegenüber dem normalen Militär verfügen. Dies hat zu Missgunst und Unzufriedenheit bei vielen Militärangehörigen geführt. Der Präsident scheint dieses Risiko aber bewusst eingehen zu wollen. Das Kalkül könnte sein, dass die Präsidialgarde im Notfall in der Lage sein soll, einen Militärputsch gewaltsam niederzuschlagen.

Durch die aktive Beteiligung an der allgegenwärtigen Korruption und die Privatisierung zahlreicher ehemaliger Staatsfirmen zu seinen Gunsten oder zugunsten von Familienangehörigen, ist Präsident dos Santos zu einem der reichsten Männer Afrikas geworden.³³ Die Kombination seiner politischen und wirtschaftlichen Machtstellung instrumentalisiert er sehr geschickt für eine Klientelpolitik und den Ausbau der wirtschaftlichen Vormachtstellung seiner Familie.

³² Transparency International Corruption Perceptions Index 2005, Berlin und London, Oktober 2005

³³ Siehe hierzu „Da paz militar a justiça social? O processo de paz angolano, London 2004 sowie zahlreiche Veröffentlichungen von Transparency International oder Global Whitness.

Zur Verbesserung des Ansehens des Präsidenten und seiner Familie wurden in den vergangenen Jahren mehrere Wohlfahrtsstiftungen gegründet. Die beiden wichtigsten sind die „Fundação Eduardo dos Santos“ (FESA) und der "Lwini-Solidaritätsfonds" der Ehefrau des Präsidenten, Ana Paula dos Santos.³⁴ Amerikanische und europäische Ölkonzerne sollen zu den wichtigsten Geldgebern dieser Stiftungen gehören.³⁵

Dos Santos lässt sich gerne als Vater der Nation und des Friedens feiern. Hierauf wird er vermutlich seinen Wahlkampf aufbauen. Kritiker merken jedoch an, dass er seit dem Abschluss des Memorandums von Luena so gut wie nichts zum Versöhnungsprozess beigetragen hat. Dos Santos ist seit Jahren schwer krank und wird immer wieder im Ausland stationär behandelt. Er hatte im Jahr 2003 erklärt, nicht für eine weitere Kandidatur als Präsident zur Verfügung zu stehen. Diese Äußerung hat er seitdem nicht wiederholt und viele Beobachter gehen von seiner erneuten Kandidatur aus. Aus der Opposition, der Zivilgesellschaft und auch aus der eigenen Partei kommen jedoch viele Stimmen, die einen Neuanfang für notwendig halten. Viele sind der Ansicht, dass ein Präsident, der nicht so stark mit Krieg und Vertreibung in Verbindung gebracht wird, die Chance zu einer wirklichen Versöhnung eröffnen würde.

UNITA

Die Nationale Union für die Totale Unabhängigkeit Angolas entstand im Jahr 1966 aus einer Abspaltung von der FNLA. Innerhalb kurzer Zeit gelang es ihrem Gründer und Führer, Jonas Savimbi, Unterstützung aus zahlreichen Staaten zu erhalten, darunter China, Südafrika, das ehemalige Zaire und die USA.³⁶ Nachdem sich die MPLA mit Unterstützung kubanischer Truppen im Kampf um die Vorherrschaft im unabhängigen Angola gegen UNITA und FNLA durchgesetzt hatte, zog sich die UNITA nach Huambo - dem damaligen Nova Lisboa - zurück, der zweitgrößten Stadt des Landes. Huambo war gleichzeitig das Zentrum der Ovimbundo, der wichtigsten Unterstützerguppe der UNITA.

Nach der Wahlniederlage im September 1992 warf Savimbi der MPLA Betrug vor. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen und zur Vertreibung und Tötung von Ex-Soldaten und Anhängern der UNITA in zahlreichen Städten. Das 1994 unterzeichnete Waffenstillstandsabkommen von Lusaka setzte die UNITA nie ernsthaft um. Auch die 70 errungenen Parlamentssitze wurden zunächst nicht besetzt. Als die UNITA im Jahr 1998 auf eine erneute militärische Konfrontation zusteuerte und die UNO Sanktionen gegen die Partei beschloss, kam es im September auf Initiative der MPLA und einiger ausländischer Regierungen zur Spaltung der UNITA und zur Gründung der „UNITA Renovada“ (UNITA-R). Unter Verkennung der Machtverhältnisse innerhalb der UNITA setzten UNO und die internationale Gemeinschaft auf die UNITA-R und ignorierten die Parteiführung um Savimbi. Auch die MPLA-geführte Regierung verhandelte nur noch mit UNITA-R. In dieser Situation der politischen Isolation rief Savimbi im Dezember 1998 zum erneuten Krieg auf und die UNITA erzielte rasch militärische Erfolge.

Geschwächt von den UN-Sanktionen, die ihr vor allem den Zugang zu den Diamanteneinnahmen und den Waffennachschub erschwerten sowie durch interne Zerwürfnisse konnte die UNITA die eroberten Stellungen nicht halten. Nicht zuletzt mit Hilfe des US-Geheimdienstes, langjähriger Verbündeten und guter Kenner Savimbis

³⁴ Einen Vorgeschmack auf den Wahlkampf lieferte eine Gala für den "Lwini-Solidaritätsfonds", auf der 500.000 US-Dollar gesammelt wurden. Erste Spenderin war die First Lady selbst. Die Fußballer Ronaldo aus Brasilien und Figo aus Portugal waren ebenfalls anwesend und spendeten signierte Trikots (Quelle: TAZ vom 27.7.2005).

³⁵ Tony Hodges: O papel da gestão dos recursos na construção de uma paz sustentável; in Meijer 2004, S. 52

³⁶ Siehe u.a. „Da paz militar a justiça social? O processo de paz Angolano, London 2004

und der UNITA, gelang es der Regierungsarmee, die UNITA in den Osten des Landes zu drängen. Dort wurde ihr Savimbi im Februar 2002 durch Regierungstruppen getötet.

Ohne ihren Führer unterzeichnete die neue Führungsriege der UNITA im April 2002 das Memorandum von Luena. Trotz ihrer geschwächten Position gelang es der UNITA-Führung, im Juni 2003 einen Parteitag unter breiter Beteiligung von Parteimitgliedern und -anhängern aller Provinzen zu organisieren und die formale Wiedervereinigung der Partei zu vollziehen. Mit großer Mehrheit wurde Isaiás Samakuva zum neuen Vorsitzenden gewählt. Ihm gelang es bislang jedoch nicht, die verschiedenen Fraktionen der Partei zu einigen. Die Positionen und Erwartungen des ehemaligen militärischen (und Savimbi-nahen) Flügels, der Regierungsmitglieder auf nationaler, Provinz- und Munizipien-Ebene, der ehemaligen UNITA-R, der übrigen Parlamentarier und der aus dem Exil zurückgekehrten Mitglieder sind äußerst unterschiedlich und kaum miteinander vereinbar. Zudem stellt sich die traditionelle Ausrichtung auf ethnische Abstammung inzwischen als große Hürde für die UNITA als nationale Partei dar, auch wenn das neue Statut ein ausgewogenes Verhältnis unter allen "sozialen" Bevölkerungsgruppen fordert. Trotz aller Schwächen gilt die UNITA als einziger ernstzunehmender Herausforderer der MPLA bei den für 2006 geplanten Wahlen. Die UNITA bildet nunmehr verstärkt Allianzen mit anderen Parteien innerhalb und außerhalb des Parlaments, insbesondere zur kritischen Begleitung des Wahlprozesses.

Militär, Präsidialgarde, Geheimdienst und Zivilschutz

Auch drei Jahre nach dem Ende des Krieges sind Militär und Präsidialgarde mächtige Institutionen. Noch im Jahr 2004 gab die Regierung rund 34% des nationalen Budgets für Sicherheit aus, mehr als USA und Sowjetunion in Zeiten des kalten Krieges.³⁷ Während die Präsidialgarde als unbedingt loyal gegenüber dem Präsidenten gilt, gibt es in der Armee Fraktionen, die ihm eher distanziert gegenüber stehen. Ehemalige und aktuelle Militärs in gehobener Position gehören zu dem Personenkreis, der am aktivsten bei der illegalen Landvertreibung mitwirkt. Hardliner unter ihnen haben sich vehement gegen Verhandlungen mit der UNITA gestellt und sind auch jetzt strikt gegen Verhandlungen über einen Autonomiestatus der Provinz Cabinda mit der Guerillaorganisation FLEC.

Positiv muss allerdings hervorgehoben werden, dass sich das Militär seit dem Ende des Bürgerkrieges aus der Politik weitgehend herausgehalten und auch keine bewaffneten Konflikte provoziert hat. Auch von den zahlreichen ehemaligen Angehörigen der Regierungsarmee, die seit dem Friedensschluss entlassen wurden - und die sich teilweise als Verlierer des Friedensprozesses fühlen - ging bisher keine nennenswerte Gewalt aus.

Der angolansische Geheimdienst gilt als einer der größten und effizientesten des afrikanischen Kontinents. Er wurde nach dem Putschversuch im Jahr 1977 immer stärker zum zentralen Repressionsinstrument gegenüber jeder Form von Opposition ausgebaut. Neben der Präsidialgarde gilt er als eines der wichtigsten Machtinstrumente des Präsidenten.

³⁷ Filomeno Vieiras Lopes in ACCORD 2004, S. 56.

Der aus der Zeit der Einparteienherrschaft stammende Zivilschutz wurde offiziell im Rahmen der Umsetzung des Abkommens von Bicesse aufgelöst. Im Rahmen der Kämpfe nach den ersten nationalen Wahlen erfolgte aber die Austeilung von unzähligen Waffen an die Zivilbevölkerung.³⁸ Kurz nach dem Tod von Jonas Savimbi wurde per Dekret die „Organização da Defesa Civil“ gegründet, die mit dem früheren Zivilschutz „Organização da Defesa Popular“ der MPLA weitgehend identisch ist. Der Zivilschutz ist in allen größeren Städten nach wie vor sehr präsent und gut bewaffnet. Er arbeitet eng mit dem Geheimdienst zusammen und wird von Beobachtern für gewaltsame Störungen von Veranstaltungen der UNITA und anderer Parteien verantwortlich gemacht.

Eng mit Geheimdienst und Zivilschutz verbunden sind einige Organisationen, die unter dem Label „Nichtregierungsorganisationen“ fungieren. Die bekannteste und vermutlich mit den meisten Mitteln ausgestattete dieser Satellitenorganisationen ist „Jovens Angolanos Provenientes da República da Zâmbia“ (Ajapraz). Diese Organisationen erfüllen eine Doppelrolle. Einerseits sollen sie für die Politik der MPLA werben und ihr neue Mitglieder zuführen. Andererseits sollen die Mitglieder dem Geheimdienst Informationen über „regierungsfeindliche“ Aktivitäten liefern.

Kirchen und nationale NRO

Die in Angola recht starke katholische Kirche fungierte während des Bürgerkriegs mehrfach als Mediator zwischen den Kriegsparteien. Da es innerhalb der katholischen Bischofskonferenz eine starke Fraktionsbildung sowohl zugunsten der MPLA als auch der UNITA gab, gelang es ihr selten, mit einer einheitlichen Stimme für ein Ende des Krieges einzutreten. Seit dem Ende des Krieges sind von offizieller katholischer Seite nur selten klare Stellungnahmen zu Fragen der Versöhnung zu hören. Wichtige Akteure der katholischen Kirche waren und sind aber das katholische „Rádio Ecclesia“ und die Organisation Mosaiko mit ihrer Menschenrechtsarbeit und ihrem Kultur- und Begegnungszentrum.

Die zahlreichen evangelischen und evangelikalen Kirchen in Angola mit ihren diversen Dachorganisationen sind so unterschiedlich, dass während des Krieges nur selten koordinierte und von vielen Mitgliedskirchen getragene Aktionen zum Friedens- und Versöhnungsprozess stattfanden. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Das Netzwerk COIEPA war zum Ende der 90er Jahre die größte Initiative von evangelischer Seite, die eine Verhandlungslösung forderte und öffentlichkeitswirksame Aktionen zum Versöhnungsprozess durchführte. Während COIEPA auf nationaler Ebene kaum noch wahrgenommen wird, hat sich das Netzwerk COIEPA Süd auf lokaler Ebene zu einem wichtigen Akteur im Bereich Friedensarbeit und Menschenrechte etabliert.

Einige nationale NRO zeichneten sich während des Krieges dadurch aus, dass sie immer wieder auf gravierende Menschenrechtsverstöße hinwiesen, die während des Krieges von beiden Kriegsparteien verübt wurden (Näheres zu nationalen NRO in Punkt 2.2.) Die Mehrheit der angolanischen NRO spezialisierte sich jedoch auf Nothilfe, die vor allem in den letzten Kriegsjahren zu einem lukrativen Geschäft wurde.

³⁸ Auch im Protokoll von Lusaka wird die „Entwaffnung aller Zivilpersonen“ gefordert (Protokoll von Lusaka, Anhang 1, 1994; Quelle: www.c-r.org).

1.3.2. Internationale Konfliktakteure

Internationale Konfliktakteure hatten in den Zeiten des kalten Krieges maßgeblichen Einfluss auf die sich bekämpfenden Guerillaorganisationen. Zu ihnen gehörten die USA, Südafrika, Portugal, die Sowjetunion, Kuba und China. In den letzten Jahren des Krieges nahm die Bedeutung internationaler Akteure ab. Lediglich die USA mit ihrer Abkehr von der UNITA und Hinwendung zur MPLA sowie die UNO mit ihren Sanktionsbeschlüssen hatten größere Auswirkungen auf den Kriegsverlauf.

Nach dem Ende des Krieges spielen internationale Akteure nur noch eine sehr untergeordnete Rolle als Konflikt- oder Friedensakteure. Das gilt selbst für die anhaltenden Kämpfe in Cabinda. Wegen des Ölreichtums traut sich inzwischen kaum eine Regierung, offen auf Korruption oder Menschenrechtsverletzungen in Angola hinzuweisen. Der IWF hat mit seiner offenen Kritik an der Regierung erst kürzlich negative Erfahrungen gemacht. Diese brach die Kooperation ab und brüskierte IWF und westliche Geberländer durch den Abschluss eines Kooperationsprogramms mit China. Es ist zu erwarten, dass internationale Akteure in Zukunft mit Kritik und klaren Positionen zum angolanischen Konflikt noch zurückhaltender sein werden.

Internationale Hilfsorganisationen einschließlich VN und EU leisten beim dringenden Wiederaufbau des Landes wichtige Hilfe. Aber auch hier spielt Korruption eine nicht unwesentliche Rolle, wobei die Hilfsorganisationen hier Opfer und Mittäter zugleich sind. Durch mangelnde Koordination und Absprachen tragen sie zu Doppelfinanzierungen bei oder lassen (bewusst oder unbewusst) hoch korrupte Privatunternehmen am Millionengeschäft Wiederaufbau teilhaben. Eine Sonderrolle in diesem Geschäft spielen China, Brasilien und Israel. Unternehmen dieser Länder sind an auffällig vielen öffentlichen Bauvorhaben beteiligt, oft in Kooperation mit Bauunternehmen der Präsidentenfamilie oder anderer hochrangiger Vertreter von Militär und Regierung. In den staatlichen Medien wird der Öffentlichkeit der Eindruck vermittelt, es handele sich hierbei um fremdfinanzierte Entwicklungshilfe-Projekte. Tatsächlich handelt es sich dabei meist jedoch um Tauschgeschäfte, deren Bezahlung weitgehend im Dunkeln bleibt.³⁹ Lediglich über die chinesische „Entwicklungshilfe“ ist bekannt, dass sie auf einem Kreditabkommen über 2 Milliarden US\$ basiert, den China Angola zu sehr günstigen Konditionen (1,5 % Zinsen rückzahlbar in 17 Jahren) gewährt. Im Gegenzug erhält China garantierte Mindestmengen an Rohöl. Chinesische Firmen profitieren von dem Geschäft unter anderem in Form zahlreicher Bauaufträge und dem Einstieg ins lukrative angolanische Telekommunikationsgeschäft. Gerüchten zufolge bedankt sich die angolanische Regierung für die israelische und brasilianische „Entwicklungshilfe“ mit großzügigen Waffenkäufen in beiden Ländern. Der angolanische Präsident soll (vor allem mit Hilfe seines in Brasilien wiederholt wegen Bestechung und Korruption in Ungnade gefallenen Politikerfreundes Antonio Carlos Magalhães) mittlerweile Mitinhaber zahlreicher brasilianischer Firmen sowie Besitzer von Ländereien im Nordosten Brasiliens sein.

Als Fazit ist festzustellen: die sogenannte Internationale Gemeinschaft ist keine, schon gar nicht in Angola. Interessengegensätze und ökonomische Konkurrenz, vor allem um Öl, hatten schon maßgeblich zum Scheitern der Friedensprozesse von Bicesse und Lusaka beigetragen. Sie verhindern auch heute noch eine echte Koordination unter den wichtigsten Geberländern und -organisationen. Diese wäre aber eine grundlegende

³⁹ Die folgenden Informationen basieren lediglich auf Informationen von Einzelpersonen und konnten im Rahmen der Studie nicht eingehend überprüft werden.

Voraussetzung für einen ernsthaften Dialog mit der angolanischen Regierung, der Themen wie Menschenrechtsverletzungen, Korruption, Armutsbekämpfung oder den Konflikt um die Enklave Cabinda auf die Tagesordnung setzen müsste.

Innerhalb der Gebergemeinschaft war die „Utstein-Initiative“ ein vielversprechender Versuch der Koordination und Kooperation mit Schwerpunkt auf Menschenrechtsarbeit, Verbesserung des Justizsystems und Korruptionsbekämpfung. Die Initiative geht auf die fünf Entwicklungshilfeministerinnen aus Norwegen, Schweden, Großbritannien, Niederlande und Deutschland zurück. Leider haben sich von den Vertretungen dieser Länder nur Norwegen und Schweden, sowie bedingt die Niederlande, der Idee angenommen. Durch den Rückzug Großbritanniens und Deutschlands fehlte der Initiative aber die notwendige Schlagkraft. Ein Versuch der Wiederbelebung der Initiative durch die norwegische Vertretung im Jahr 2004 brachte bisher keinen sichtbaren Erfolg.

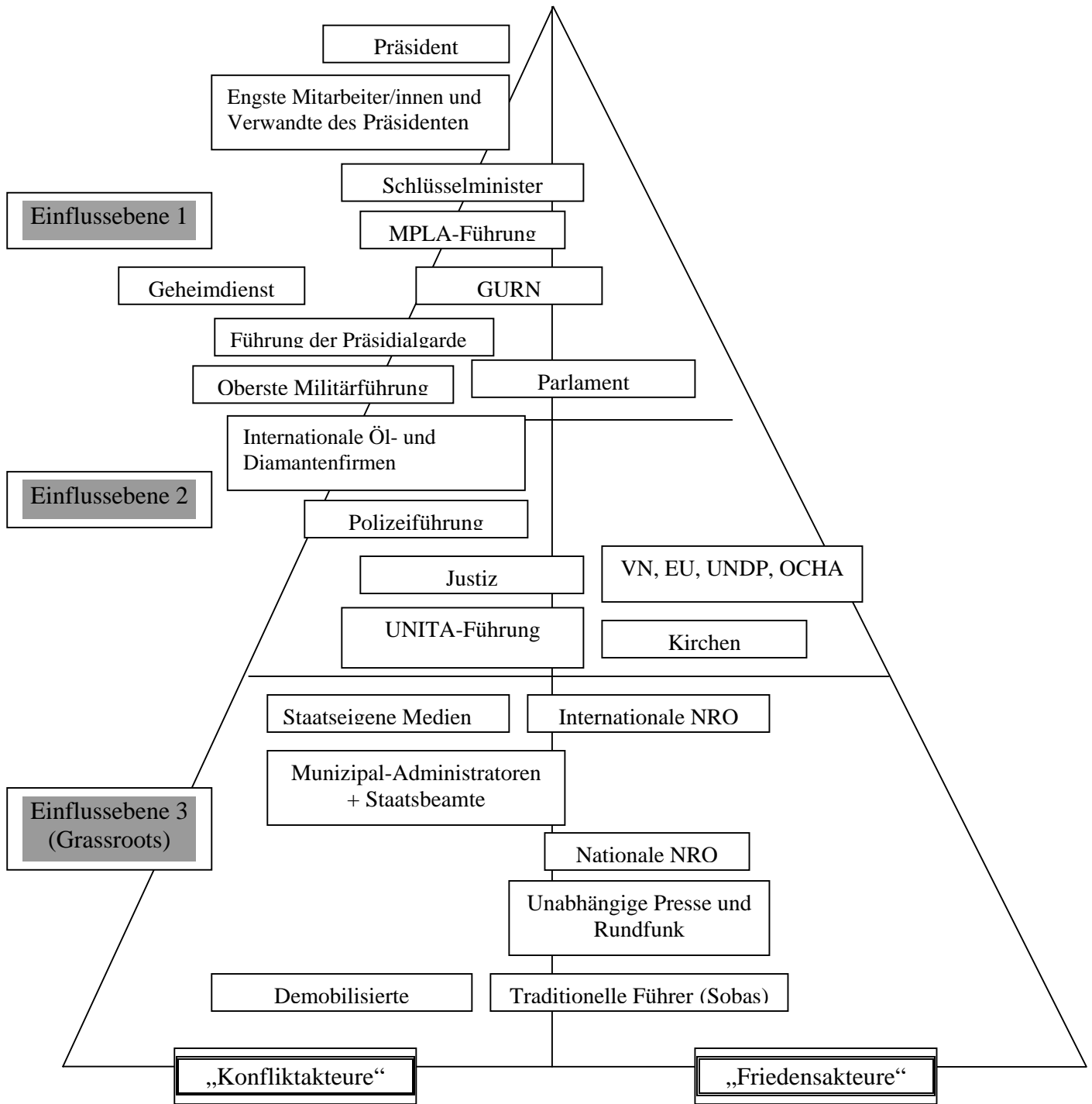
1.3.3. Konfliktpyramide Angola

Die Konfliktpyramide nach dem Modell von Paul Lederach⁴⁰ gibt einen Überblick über die wesentlichen Akteure in Angola. Die Unterscheidung in Konflikt- und Friedensakteure gibt dabei nur eine generelle Tendenz wieder: auch im Präsidentenpalast oder in der Armee gibt es durchaus Personen, die sich aktiv für Versöhnung und Armutsbekämpfung einsetzen. Andererseits gibt es auch bei nationalen und internationalen Organisationen Korruption.⁴¹ Besonders schwierig ist die Beurteilung der Rolle der traditionellen Autoritäten, die an Menschenrechtsverletzungen ebenso beteiligt sind wie an aktiver Versöhnung zwischen verfeindeten Bevölkerungsteilen.

⁴⁰ Lederach, Paul: Building Peace, Sustainable Reconciliation in divided societies, 1997

⁴¹ Siehe hierzu u.a. Tony Hodges: O papel da gestão dos recursos na construção de uma paz sustentável; in Meijer 2004, S. 48 ff

Konfliktpyramide Angola



2. Szenarien der Konfliktentwicklung

Die Nachkriegsphase ist bisher wider alle pessimistischen Voraussagen und trotz zahlreicher Schwächen und Blockaden bei der Umsetzung des Friedensprozesses friedlich verlaufen. Eine reelle Gefahr für einen erneuten Kriegsausbruch besteht zumindest kurzfristig nicht, nicht zuletzt, weil es trotz aller Gegensätze einen funktionierenden Dialog zwischen MPLA und UNITA zum Reintegrationsprozess gibt. Vor allem das Fehlen eines Versöhnungsprozesses und die fehlende Bereitschaft zu echtem Dialog zwischen den ehemaligen Kriegsparteien lassen mittel- und langfristig aber genügend Spielraum für gewaltsame Szenarien. In welche Richtung sich der angolische Friedensprozess bewegt, wird vor allem von der Entwicklung in den folgenden Bereichen und damit verbundenen Fragen abhängen:

➤ Zum Wahlprozess

Obwohl die Wahlvorbereitung durch die Regierung mit Elan in Gang gesetzt wird, bestehen Risiken hinsichtlich Vorbereitung und Durchführung der für 2006 geplanten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sowie der Akzeptanz des Wahlergebnisses:

- Wird die Wählerregistrierung ordnungsgemäß und fair verlaufen?
- Wird es eine minimale Chancengleichheit beim Kampf um Stimmen geben oder setzen sich die Hardliner innerhalb der MPLA durch, die Wahlen nur der Form halber akzeptieren?
- Werden ausreichend internationale Beobachter zu den Wahlen zugelassen und sich einen wirklichen Überblick über den Prozess vor, während und nach den Wahlen verschaffen können?
- Wird es am Wahltag friedlich zugehen?
- Wird die (von der MPLA und dem Präsidenten dominierte) Wahlkommission korrekt und transparent arbeiten?
- Werden die Verlierer der Wahl die Niederlage akzeptieren?

➤ Zur Landfrage und zur Verschärfung oder Rückgang der Landkonflikte

- Wird es noch vor den Wahlen Ausführungsbestimmungen geben, die das neue Landgesetz handhabbar machen?
- Werden die Gerichte stärker als bisher gegen illegale Landnahme vorgehen?
- Können sich die Landbevölkerung und die arme Stadtbevölkerung mit Hilfe von NRO wirksamer als bisher gegen Vertreibung und illegale Landnahme wehren?

➤ Zur Reintegration der ehemaligen Kämpfer beider Seiten

- Erzielen die angelaufenen Programme zur Reintegration Breitenwirksamkeit?
- Schaffen sie wirklich eine Zukunftsperspektive für demobilisierte Kämpfer?
- Können Geber und Regierung das durch einseitige Bevorzugung von Demobilisierten geschaffene zusätzliche Konfliktpotenzial minimieren?
- Gibt die ländliche Bevölkerung den Demobilisierten die Chance zur sozialen Reintegration?

➤ Zur Versöhnung zwischen den Fronten des Krieges auf dem Land

- Überstehen der Wille zur Versöhnung und das erstaunlich friedliche Zusammenleben der Bevölkerung auf dem Land auch die heiße Phase des Wahlkampfes oder lässt sie sich von Hardlinern der großen Parteien zu Gewalt aufstacheln?

- Zur Bekämpfung von Korruption und Armut
 - Setzen sich die korrupten Politiker weiterhin durch oder gelingt Reformkräften gemeinsam mit Vertreter/innen der Zivilgesellschaft eine Kurskorrektur in Richtung Korruptionsbekämpfung und Armutsbekämpfung?
- Zur Zukunft Cabindas
 - Gelingt der Regierungsarmee in absehbarer Zeit die angekündigte militärische Lösung?
 - Wenn ja, wird dann in Cabinda wirklich Frieden einkehren?
 - Wenn nein, gibt es eine neue Chance für ernst gemeinte Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen?
 - Gibt es überhaupt eine realistische Alternative zur militärischen Intervention?
- Zur Nachhaltigkeit des Versöhnungsprozesses
 - Gibt es langfristig eine Reflektion über die soziokulturellen Ursachen des Konflikts, über eine gemeinsame Geschichtsschreibung und –interpretation, über eine gemeinsame Zukunftsvision für ein sozial gerechtes und demokratisches Gesellschaftsmodell?

2.1. Negativ-Szenario (worst case)

Bereits im Vorfeld der zweiten nationalen Wahlen kommt es vereinzelt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der MPLA und der UNITA. Kommt es aus Sicht der UNITA bei der Wählerregistrierung zu Unregelmäßigkeiten oder läuft ihr Wahlkampf schlecht, werden sich Hardliner und andere Gruppen innerhalb der UNITA für einen Boykott der Wahlen einsetzen. Hierbei könnten sie von einigen Oppositionsparteien unterstützt werden. Unwahrscheinlich aber nicht ganz ausgeschlossen ist, dass sich in dieser Situation Teile der UNITA mit ehemaligen Kämpfern zusammenschließen und erneut zum Guerillakrieg aufrufen. Dabei können sie im zentralen Hochland auf Unterstützung eines Teils der Bevölkerung setzen. Das würde keinen nationalen Krieg zur Folge haben, könnte aber wiederum zu jahrelangen gewaltsamen Auseinandersetzungen führen, unter denen erneut vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hätte.

Ein weiteres im Zusammenhang mit den Wahlen denkbare Negativszenario wäre, dass die Wahl aus Sicht der MPLA nicht wie geplant verläuft und die UNITA zusammen mit kleineren Oppositionsparteien eine Mehrheit der Stimmen erzielt⁴². Kaum jemand im Land kann sich vorstellen, dass die MPLA sich mit der Oppositionsrolle zufrieden geben würde. Eher wahrscheinlich ist, dass die MPLA-Führung mit Hilfe der Wahlkommission eine massive Fälschung der Wahlergebnisse anstreben könnte. Sollte das nicht gelingen, wären ein Anfechten des Wahlergebnisses oder ein Militärputsch die wahrscheinlicheren Varianten.

Die Angst der Wähler vor den Wahlen führt dazu, dass sie den Wahlurnen massiv fern bleiben.

⁴² Dieses Szenario erscheint nach heutigem Stand ziemlich unwahrscheinlich. UNITA und Oppositionsparteien müssten in der verbleibenden Zeit bis zu den Wahlen erheblich mehr tun, um überhaupt eine ernsthafte Gefahr für die MPLA zu werden. Da die MPLA bei großen Teilen der Bevölkerung alles andere als beliebt ist und für viele lediglich „das kleinere Übel“ darstellt, sind Voraussagen hierzu äußerst schwierig.

Der gescheiterte Wahlprozess überlagert alle anderen Faktoren. In diesem Klima behalten die „Betonköpfe“ und Scharfmacher innerhalb der MPLA die Oberhand. Es gibt kaum Spielraum für Korruptionsbekämpfung, Transparenz, Armutsbekämpfung und Verbesserungen beim Landrecht oder bei den Menschenrechten. Begonnene Reformen, wie die Verfassungsreform und Dezentralisierung, werden aus Angst vor Machtverlust seitens der Elite weiter verzögert oder ganz auf Eis gelegt.

Auch für eine Verhandlungslösung in Cabinda ist in diesem Szenario kein Platz. Die Hardliner in der Regierung werden sich mit ihrer Forderung nach einem härteren Vorgehen durchsetzen und weiter eine militärische Lösung anstreben. Dabei werden die Regierungstruppen wiederum hart gegen vermutliche Unterstützer der FLEC vorgehen und die Menschenrechte grob missachten.

2.2. Positiv-Szenario (best case)

Die anstehenden Wahlen sorgen für einen echten Wettstreit unter den Parteien. Reformkräfte innerhalb der MPLA setzen sich mit ihrem Bestreben nach einer Verbesserung des negativen Images der Partei durch. Die MPLA führt Elemente der „guten Regierungsführung“ ein. Sie bekämpft aktiv die Korruption in Politik und Wirtschaft, sorgt für mehr Transparenz bei den Einnahmen aus der Öl- und Diamantenförderung, hält Menschenrechtsstandards ein und unternimmt seriöse Anstrengungen zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur und der Verbesserung der katastrophalen Lage im Erziehungs- und Gesundheitswesen. Gleichzeitig unterstützt sie aus den steigenden Erdöleinnahmen die Rehabilitation der (kleinbäuerlichen) Landwirtschaft und der Industrie. Im Gefolge neu entstehender Industriearbeitsplätze in den Städten und einer Steigerung der Nahrungsmittelproduktion auf dem Lande führt diese Politik zu einer Reduzierung der Armut. Klare Verwaltungsregeln zum neuen Landgesetz und die damit verbundene Landnutzungssicherheit fördern die Nahrungsmittelproduktion. Bestehende Landkonflikte gehen zurück, da die illegale Aneignung von Land schwerer und risikoreicher wird. Die verbesserte ökonomische Lage erleichtert auch die Reintegration der Demobilisierten, der Flüchtlinge aus dem Ausland und der Inlandsvertriebenen.

Der Wahlkampf zu den zweiten nationalen Wahlen verläuft ohne größere gewaltsame Auseinandersetzungen. Nicht zuletzt dank breit angelegter Programme der voter education ist die Wahlbeteiligung hoch, und sowohl die Wahltag als auch die Verkündung der Wahlergebnisse verlaufen ohne größere Zwischenfälle. Aufgrund ihrer verbesserten Politik geht die MPLA als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor und stellt den Staatspräsidenten. Für die Regierungsbildung ist sie aber auf eine Koalition mit einer der bisherigen Oppositionsparteien angewiesen. Die UNITA ist mit ihrem Abschneiden als zweitstärkste parlamentarische Kraft zufrieden und bildet mit weiteren Parteien eine starke Opposition. Bei wichtigen Gesetzesvorhaben wirkt die organisierte Zivilgesellschaft effektiv und koordiniert mit. Die Zivilgesellschaft arbeitet, unterstützt von internationalen Organisationen, aktiv an Programmen zur Versöhnung und zur gewaltlosen Konfliktbearbeitung mit. Erste Ansätze zur Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit und der Suche nach den tieferen Ursachen für den Krieg entstehen.

Nach dem wiederholten Scheitern der Armee, den Krieg in Cabinda mit militärischen Mitteln zu lösen, wächst die Unzufriedenheit der angolischen Bevölkerung. Der Präsident, bestrebt sein Image als Friedensstifter neu zu beleben, setzt sich für einen

Waffenstillstand und eine Verhandlungslösung ein. Obwohl die Zugeständnisse in Bezug auf einen Autonomiestatus der Exklave Cabinda minimal sind, unterstützt die lokale Bevölkerung den ausgehandelten Kompromiss, der den seit 1974 andauernden Krieg beendet.

2.3. Wahrscheinlichstes Szenario (most probable case)

Ein umfassender Versöhnungsprozess wird auch in den kommenden Jahren nicht stattfinden. Die „Kultur des Vergessens“⁴³ mit ihren Risiken für ein nachhaltiges friedliches Zusammenleben wird voraussichtlich nach den zweiten nationalen Wahlen dominieren. Der Wahlprozess selbst wird nicht frei von gewaltsamen Konflikten sein. Auslöser sind teils provozierte, teils aus Überforderung resultierende Schwächen und Unregelmäßigkeiten bei der Ausstellung der Personalausweise, der Wählerregistrierung und ein vor allem von MPLA und UNITA geführter Wahlkampf, der auf alte Feindbilder und Diffamierungen des Gegners zurückgreift. Beide großen Parteien werden sowohl in den Städten als auch auf dem Land Jugendliche anstacheln, mit Gewalt gegen Kandidaten und Anhänger konkurrierender Parteien vorzugehen. In Hochburgen von MPLA und UNITA wird es keinen fairen Wahlkampf geben und auch die Stimmauszählung wird in solchen Wahlbezirken monopolisiert werden. Nur wenige internationale Wahlbeobachter werden zugelassen und sie werden Schwierigkeiten haben, entlegene Gebiete zu besuchen. Andererseits werden sich angolansische NRO mit Unterstützung internationaler Organisationen aktiv an der Wahlbeobachtung beteiligen und für ein Mindestmaß an Transparenz sorgen. Wie bei den ersten Wahlen wird es auch bei den kommenden Wahlen verschwundene Wahlurnen und Unstimmigkeiten bei der Auszählung der Stimmen geben.⁴⁴ Diese Manipulationen werden aber nicht wahlentscheidend sein und die Wahlen werden allgemein als frei und fair bewertet werden.

Dank der schwachen und zersplitterten Opposition, ihrer monopolartigen Stellung in vielen Teilen des Landes und geschickter Klientelpolitik wird die MPLA die absolute Mehrheit der Stimmen bei den Parlamentswahlen erringen. Sie wird auch den Präsidenten stellen, der vermutlich José Eduardo dos Santos heißt. Neben der UNITA wird es nur ein bis drei Parteien gelingen, ins Parlament einzuziehen. Die demokratischen Institutionen werden aufgrund der geringen Wahlbeteiligung ein sehr eingeschränktes Maß an Legitimität besitzen, was auch auf den Verfassungsreformprozess negative Auswirkungen hat. Die Geschwindigkeit des Dezentralisierungsprozesses und die Auswahl der Munizipien für die Kommunalwahlen wird von den Wahlergebnissen 2006 abhängig gemacht.

Die Landfrage wird mittelfristig das Thema mit dem größten Konfliktpotenzial bleiben. Langfristig werden Verbesserungen im Justizwesen, leichte Fortschritte bei der Bekämpfung der Korruption und eine effektivere Bewusstseinsarbeit der NRO das Risiko illegaler Landnahmen steigern. Immer öfter werden die „Haie“ versuchen, sich Land durch Verhandlungen mit den traditionellen Autoritäten und der ländlichen

⁴³ Schon im Protokoll von Lusaka (1994) wird auf das Vergessen als einfachste Art der Versöhnung abgestellt. Dort heißt es im Anhang 6: „Im Geist der Nationalen Versöhnung sollen alle Angolaner die Wunden verzeihen und vergessen, die aus dem Krieg resultieren...“ (zitiert nach: Conciliation Resources 2004).

⁴⁴ So tauchten z.B. nach den Wahlen im September 1992 im Rio Kuvango zahlreiche mit Stimmen gefüllte Wahlurnen auf. Diese waren offiziell beim Transport in Regierungsfahrzeugen zum Flughafen abhanden gekommen und enthielten fast ausschließlich Stimmen für die UNITA.

Bevölkerung anzueignen. Doch auch dabei wird es keine Chancengleichheit geben. Die „Kooption“ von traditionellen Autoritäten wird deren Ansehen verringern und zu vermehrten Konflikten zwischen ihnen und der lokalen Bevölkerung führen.

Dank stark erhöhter Einnahmen aus der stetig steigenden Ölförderung wird die angolische Regierung auch in Zukunft weitgehend immun gegenüber ausländischen Forderungen nach Korruptionsbekämpfung, besserer Regierungsführung, Armutsbekämpfung und Einhaltung der Menschenrechte sein. Diese Immunität wird dadurch gestärkt, dass sich die so genannte Internationale Gemeinschaft wie bisher wegen nationaler wirtschaftlicher Interessen nicht auf ein gemeinsames Vorgehen gegenüber der angolischen Regierung einigen kann. Dort wo es bei IWF, Weltbank, den USA und der EU Ansätze zu einer gemeinsamen Positionierung gibt, werden diese durch eine Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation Angolas mit China und anderen Ländern torpediert.⁴⁵

In der Exklave Cabinda wird der Krieg weitergehen. Trotz militärischer Erfolge wird es der angolischen Armee nicht gelingen, die für einen Autonomiestatus der Exklave kämpfenden Guerillaorganisationen auszuschalten. Erst langfristig wird sich der Gedanke in der angolischen Regierung durchsetzen, dass Frieden nur dann erreichbar ist, wenn die lokale Bevölkerung stärker bzw. zumindest minimal am Ölreichtum beteiligt wird. Dieser Strategiewandel wird der Guerilla die Grundlage nach und nach entziehen und den Weg für eine Verhandlungslösung ebnen, an dessen Ende ein minimaler Autonomiestatus der Provinz Cabindas stehen wird.

⁴⁵ Nicht nur in Angola, sondern auch im Sudan, in Libyen und in Simbabwe kooperiert China gezielt mit Staaten, die aufgrund von Korruption und Menschenrechtsverletzungen international weitgehend isoliert sind und zudem als nur bedingt kreditwürdig eingeschätzt werden.

2. Internationale Reaktionen und nationale Organisationen

2.1. Multi- und bilaterale Akteure

Internationale Geberorganisationen spielen beim Wiederaufbau des Landes sowie der Not- und Entwicklungshilfe eine wichtige Rolle. Angesichts der Passivität der angolanischen Regierung sind sie es, die bisher die Hauptlast bei den Bemühungen zur Reintegration von fast 5 Millionen Inlandsvertriebenen und Flüchtlingen getragen haben. Auch im Bereich gesellschaftspolitischer Programme sind zahlreiche Staaten und internationale Organisationen aktiv. Die viel beschworene „internationale Gemeinschaft“ wird man aber in Angola vergeblich suchen. Die Konkurrenz beim Kampf um Öl und andere lukrative Geschäfte verhindern eine echte Koordination unter den wichtigsten Gebern. Ohne diese Kooperation wird der so wichtige Dialog mit der angolanischen Regierung über Themen wie Menschenrechte, Korruption, Good Governance, Armutsbekämpfung oder Cabinda nicht stattfinden. Schlimmer noch: die mangelnde Abstimmung und die Konkurrenz unter den multilateralen und bilateralen Gebern begünstigen eine Situation, in der sich Vertreter von Regierung und Militär durch aus EZ-Mitteln finanzierte Bauaufträge oder dubiose Beraterverträge zusätzlich bereichern können.

Im Folgenden einige Stichworte zu den wichtigsten internationalen Akteuren im Rahmen der EZ:

Die Vereinten Nationen (VN) waren seit 1989 aktiv in den Friedensprozess involviert. Mehrere UN-Missionen zielten auf die Überwachung getroffener Waffenstillstands- und Friedensvereinbarungen. Mit Ausnahme der ersten Mission zur Überwachung des Abzugs der kubanischen Truppen müssen alle Missionen als gescheitert angesehen werden. Hauptursachen waren das schwache Mandat, das die Konfliktparteien der UNO zugestanden hat sowie fehlende Seriosität und ständige Provokationen durch die beiden Konfliktparteien.⁴⁶ Von 1999 bis 2002 verfügte die UNO nur noch über eine relativ kleine Repräsentation in Angola. Seit der Unterzeichnung des Protokolls von Luena, das weitgehend ohne Beteiligung der UNO ausgehandelt wurde, vertritt der Direktor des PNUD die UNO. Eine positive Rolle bei der Beendigung des Krieges spielte die UNO durch Verhängung von Sanktionen gegen die UNITA. Diese Sanktionen erschwerten ihr den Kontakt zu ausländischen Geldgebern und den Verkauf von Diamanten und trugen somit wesentlich zur militärischen Schwächung der UNITA bei.

Die wichtigste Funktion der UNO nach dem Krieg war die Koordination der humanitären Hilfe für die rund 4,5 Millionen Inlandsvertriebenen⁴⁷. UNHCR koordinierte die Rückführung und Reintegration von rund 600.000 Flüchtlingen aus dem Ausland. Das Welternährungsprogramm sicherte über Jahre das Überleben von hunderttausenden Inlandsvertriebenen und ist bis heute mit einem allerdings sehr reduzierten Programm vertreten. Aktuell unterhält die UNO ein kleines Programm zur Beobachtung und Verbesserung der Menschenrechtssituation. Das Programm arbeitet eng mit staatlichen Stellen, dem Militär und der Polizei zusammen, aber auch mit Organisationen der Zivilgesellschaft. PNUD koordiniert eine Vielzahl kleiner Entwicklungsprogramme, bei

⁴⁶ Vgl. hierzu die Schlussfolgerungen der ehemaligen Sonderbeauftragten der UNO für Angola, Margaret J. Anstee zur gescheiterten Mission UNAVEM II in ACCORD 2004, S. 79.

⁴⁷ Hierzu wurde die Unidade de Coordenação de Assistência Humanitária (UCAH) geschaffen, die eng mit dem Sozialministerium, den Provinzregierungen sowie ausländischen und nationalen Hilfsorganisationen zusammen arbeitete.

denen gesellschaftspolitische Programme jedoch keinen großen Stellenwert haben und unterstützt darüber hinaus ein Dezentralisierungsprogramm mit 6 Pilotmunicipien. Die FAO ist seit Jahren in den Provinzen Huambo, Huila und Benguela auf dem Gebiet des Landrechts aktiv und hat hier wichtige Pionierarbeit geleistet. Ab Juni 2005 wird sie diese Arbeit im Rahmen eines EU-finanzierten Projekts ausweiten. Zur neuen Strategie gehört die Dialogförderung zwischen staatlichen Institutionen und nationalen NRO zum Thema Landrecht.

Die Weltbank ist größter Geldgeber des nationalen Programms zur Reintegration von Demobilisierten der UNITA (PGDR) und koordiniert das Programm gemeinsam mit IRSEM, einer Unterorganisation des Sozialministeriums. Das Programm wird zurzeit teilweise heftig kritisiert, nicht zuletzt von einigen der für die Durchführung zuständigen nationalen und internationalen Organisationen. Hauptkritikpunkte sind große Verzögerungen bei der Verabschiedung und Umsetzung des Programms und die als ungenügend bewertete Breitenwirkung. Vor allem der letzte Kritikpunkt am ursprünglichen Programm hatte dazu geführt, dass sich einige im Land aktive Organisationen weigerten, am Programm mitzuwirken. Unerklärlich ist, warum die Weltbank trotz negativer Erfahrungen mit dieser Art selektiver Programme in zahlreichen Ländern daran festhält. Ihr und IRSEM wird zu Recht fehlende Sensibilität für konfliktrelevante Planung vorgeworfen. Die geäußerte Kritik am Ausschluss ganzer Gruppen ehemaliger Kämpfer beider Seiten wurde inzwischen durch die Verabschiedung eines Unterprogramms für Demobilisierte entschärft, die bisher keinen Zugang zum Programm hatten.

Recht erfolgreich fördert die Weltbank bereits seit einigen Jahren den Fonds zur Sozialen Unterstützung (Fundo de Apoio Social - FAS), aus dem in erster Linie Baumaßnahmen der sozialen Infrastruktur gefördert werden. In den Jahren 2005 und 2006 stellt die Weltbank gemeinsam mit dem IWF im Rahmen des „Emergency Multisector Rehabilitation Program“ (EMRP) weitere 200 Millionen US\$ zur Verfügung. Schwerpunkte des EMRP sind „Ländliche Entwicklung und Soziale Dienstleistungen“ (\$ 66 Mio.) und „Wiederaufbau kritischer Infrastruktur“ (\$ 124 Mio.)⁴⁸

Der Internationale Währungsfond (IWF) ist seit Beginn der neunziger Jahre in Angola aktiv und konnte anfangs auch einige kleinere Erfolge bei staatlichen Reformen vorweisen. Die Anstrengungen, gemeinsam mit der Regierung mehr Transparenz in den Staatshaushalt zu bringen, scheiterten jedoch im Jahr 2005. Angola war an einem Abkommen mit dem IWF interessiert, das einerseits seine Kreditfähigkeit auch bei anderen Gebern erhöht hätte, andererseits als Vorbedingung für eine internationale Geberkonferenz zum Wiederaufbau des Landes galt. Obwohl es offensichtlich einflussreiche Regierungsmitglieder gab, die an dem Abkommen und mehr Transparenz interessiert waren, konnten sich letztlich die Hardliner in der Regierung durchsetzen. In ungewöhnlicher Schärfe gibt der IWF in seinem Abschlussbericht dem Präsidenten und ihm nahe stehenden Personen die Hauptverantwortung für das Scheitern. Der Präsident reagierte darauf mit einem Rundumschlag gegen die westlichen Geber und mit einer Intensivierung der Kooperation mit China.

Die Europäische Union (EU) ist sowohl als Geldgeber als auch als Durchführungsorganisationen auf zahlreichen Gebieten aktiv. Die größten Summen fließen in den Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur, Ernährungssicherung und

⁴⁸ Einzelheiten siehe IMF-Report Nr. 05/228 von Juli 2005.

ländliche Entwicklung sowie die Unterstützung des Staates bei der Dezentralisierung und dem Aufbau effizienterer Institutionen. Im Bereich gesellschaftspolitischer Programme unterstützt die EU auf Antrag Projekte von nationalen NRO und gehört hier zu den wichtigsten Geldgebern.

Die USA haben sich bereits in den sechziger Jahren aktiv in Angola engagiert. Zunächst unterstützten sie aus Angst vor einem kommunistischen Regime die Unterdrückung des Befreiungskampfes durch Portugal. Nach der Unabhängigkeit waren sie wichtigster Unterstützer der als antikommunistisch geltenden UNITA. Von dieser wandten sie sich erst nach dem erneuten Griff der UNITA zu den Waffen im Jahr 1992 ab. Ein Jahr später kam es zu ersten diplomatischen Beziehungen mit der MPLA-geführten Regierung, der sie bis dahin die Legitimation abgesprochen hatten.

Heute sind die USA sowohl einer der größten Handelspartner als auch eines der wichtigsten Geberländer. Angola spielt als Öllieferant eine immer wichtigere Rolle für die USA, was ehemals starke Forderungen der USA nach "Guter Regierungsführung" und Transparenz inzwischen weitgehend zum Verstummen brachte.

Im Bereich gesellschaftspolitischer Arbeit sind das National Democratic Institute (NDI) und das International Republican Institute (IRI) die wichtigsten Geber und Durchführungsorganisationen. Das NDI strebt eine Koordinationsfunktion bei der voter education an, stößt dabei aber bei nationalen NRO auf die Kritik, die angolansische Zivilgesellschaft vereinnahmen zu wollen. Eine längerfristige Planung ist sowohl für NDI als auch für IRI schwierig, da USAID als Hauptgeber in der Regel maximal einjährige Programme bewilligt.

Deutschland zählt nach den USA, Großbritannien und Japan und neben Frankreich und Schweden zu den wichtigsten bilateralen Gebern der EZ⁴⁹. Mit einem eigenen Büro im Land vertreten sind neben der FES lediglich die GTZ mit den Programmen „Reintegration und Lokale Entwicklung“, „Rehabilitation von Körperbehinderten“ und „Ernährungssicherung in Uíge“ sowie die Deutsche Welthungerhilfe mit dem Schwerpunkt auf Nothilfe, Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung. Brot für die Welt wird seit dem Frühjahr 2005 in Luanda von einem angolansischen Berater vertreten. Wie Misereor unterstützt Brot für die Welt seit über 10 Jahren nationale NRO bei Projekten zu ländlicher Entwicklung, Menschenrechten, Landrecht und Frauenförderung. Explizit mit den Themen Versöhnung und Gewalt befasst sich die katholische NRO Mosaiko, die seit Jahren maßgeblich von Misereor unterstützt wird. Diakonie Katastrophenhilfe und der Deutsche Caritasverband unterstützen nationale Organisationen bei der Durchführung von Projekten der Nothilfe und der Ernährungssicherung. Auch im Rahmen ihrer Arbeit spielt der Umgang mit konfliktrelevanten Themen wie dem Landrecht eine wichtige Rolle.

⁴⁹ Vgl. Aid Harmonization and Alignment: Angola, Paris und Rom 2005; Quelle: www.aidharmonization.org

2.2. Wichtige nationale Partner- und Durchführungsorganisationen

Die Associação para Desenvolvimento Rural e Ambiente (ADRA) ist die bei weitem größte und bedeutendste angolische NRO. Sie hat neben ihrer Zentrale in Luanda so genannte „Antenas“ in 5 Provinzen des Landes, die organisatorisch weitgehend autonom sind. Schwerpunkte der Arbeit sind ländliche Entwicklungsprojekte, Wiederaufbau, Reintegration, Frauenförderung und die Förderung von Kleinunternehmen. Bei allen Projekten findet sich eine integrierte Komponente civic education. ADRA ist wichtiger Kooperationspartner der EU. Auch im Rahmen des von der Weltbank finanzierten Programms zur Reintegration von Demobilisierten gehört ADRA zu den wichtigsten Durchführungsorganisationen. Kritiker werfen ADRA vor, nur ein schwaches eigenes Profil zu besitzen und „alles zu machen, wofür es Geld gibt“.⁵⁰ Die Qualität der Arbeit variiert sehr stark zwischen den einzelnen „Antenas“.

Die katholische NRO Mosaiko hat ihren Arbeitsschwerpunkt Menschenrechte seit 1997 auf Versöhnung und gewaltlose Konfliktregelung erweitert. Auf beiden Gebieten genießt die Organisation einen guten Ruf. Mosaiko trägt besonders in den Provinzen Moxico, Kuando Kubango und Kuanza Sul zur Versöhnung zwischen verschiedenen Ethnien und ehemaligen Kriegsgegnern bei. Wichtigster Kooperationspartner ist dabei die Comissão Justiça e Paz, die auf dem Land über eine breite Basis verfügt. Mosaiko und die Comissão Justiça e Paz gehörten neben Bischof Kamuenho und Caritas de Angola auf katholischer Seite zu den wichtigsten Unterstützern der Friedensmärsche und anderer Aktionen eines Bündnisses, das vor 2002 vergeblich die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen und ein Ende des Krieges forderten.

Einige angolische NRO haben sich zu dem Netzwerk Rede Terra zusammengeschlossen. Das Netzwerk war maßgeblich an den Beratungen zum neuen Landrecht beteiligt und konnte dabei auch einige Erfolge verzeichnen. Wichtigster Geldgeber war NDI. Da dieses sich auf Drängen von USAID ganz auf den Wahlprozess konzentrieren will, ist die finanzielle Zukunft von Rede Terra derzeit ungewiss.

Daneben gibt es eine Vielzahl von NRO, deren Schwerpunkt auf gesellschaftspolitischer Arbeit liegt. Eine auffällige Schwäche ist dabei, dass es darunter viele NRO mit gut ausgebildeten Mitarbeiter gibt, die aber kaum Kontakt zur Bevölkerung außerhalb Luandas haben und nur sehr begrenzt mitbekommen, was im Land passiert. Durch die starke Konzentration der Geberorganisationen auf die Hauptstadt, die teilweise zum Konkurrenzkampf um seriöse angolische NRO ausartet, sind die wenigen professionell arbeitenden NRO in Luanda in der Regel materiell gut ausgestattet. Dem gegenüber steht eine Vielzahl von kleineren NRO in den Provinzen, die nur über sehr begrenzte personale und finanzielle Kapazitäten verfügen. Diese haben meist einen engen Bezug zur Bevölkerung, sind aber zu isoliert, um Themen auf die nationale Tagesordnung bringen zu können. Hier eröffnet sich ein erstes Handlungsfeld für die FES Angola und andere internationale Organisationen, die bei der Vernetzung von Organisationen und dem Informationsfluss wichtige Unterstützung leisten können.⁵¹

⁵⁰ Äußerung eines Interviewpartners und ehemaligen Mitarbeiters von ADRA im Rahmen der Feldstudie.

⁵¹ Ein konkreter Ansatz könnte die Zusammenarbeit mit MOSAIKO sein, die darauf abzielt, die Erfahrungen aus der Versöhnungsarbeit in einzelnen Munizipien auf die nationale Ebene rückzukoppeln.

3. Handlungsempfehlungen

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich in Angola das Ansehen einer kompetenten und überparteilichen Organisation erworben, die sowohl von internationalen Organisationen vor Ort als auch von staatliche Stellen, politischen Parteien und nationalen NRO anerkannt wird. Die FES hatte maßgeblichen Anteil daran, dass heute öffentlich über Themen wie Demokratisierung, Dezentralisierung, Transparenz oder Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte diskutiert werden kann. Sie hat dabei eine Arbeitsstrategie entwickelt, die sich in der Transitionsphase vom Krieg zum Frieden bewährt hat und auch im Kontext der noch nicht abgeschlossenen demokratischen Transition und wirtschaftlichen Transformation weiter Anwendung finden sollte. Nämlich einen beratenden und prozessbegleitenden Ansatz in kontinuierlichen Arbeitslinien und in einer relativ konstanten Partnerstruktur einerseits, und die medienwirksame Thematisierung und Enttabuisierung wichtiger Transformationshindernisse unter Rückgriff auf offizielle Diskurse, andererseits. Diese Ansätze ergänzen sich mit zahlreichen anderen Instrumenten der gesellschaftspolitischen Beratung.

Ein komparativer Vorteil der FES besteht darin, dass sie nicht darauf angewiesen ist, sich jedem neuen „Modethema“ anzuschließen. Sie kann daher eine weit größere Kontinuität ihrer Arbeitsschwerpunkte und eine größere Bearbeitungstiefe garantieren als andere Organisationen. Während sich viele andere Organisationen nur auf den „Prozess“ bzw. auf die „Prozedere“ konzentrieren, kann die FES stärkeres Gewicht auf „Inhalte“ legen, gerade angesichts der anstehenden Wahlen. Das bedeutet nicht, dass die Prozesshaftigkeit vernachlässigt werden soll, sondern eher, dass die inhaltlichen politischen Debatten stärker in den politischen Prozess eingebracht werden müssen. So wird es eher Aufgabe der Stiftung sein, die programmatisch-inhaltliche Diskussion zwischen den Parteien zu fördern, als Civic-Education-Kampagnen zu organisieren.

Auch die Begleitung von wichtigen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Prozessen seitens der FES Angola sollte fortgesetzt werden. Die FES wird als relativ kleine Organisation darauf angewiesen sein, noch enger mit internationalen Organisationen sowie mit verlässlichen nationalen Organisationen zusammenzuarbeiten. Eine enge Vernetzung kann dazu beitragen, Überschneidungen bei Programmen entgegenzuwirken und eine größere Breitenwirksamkeit zu erreichen.

Grundsätzlich geht der Autor von der Annahme aus, dass isolierte Maßnahmen einzelner Organisationen kaum Auswirkungen auf das staatliche Handeln hin zu echter Versöhnung oder Good Governance haben werden. Für eine solche Strategie sind die Strukturen in Angola zu fest gefahren, die Verflechtung zwischen Partei, Regierung, Justiz, Militär und wirtschaftlicher Oligarchie zu stark, die wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen der Elite zu dominant. Selbst Organisationen wie der IWF, die Weltbank, die EU oder UNDP konnten hier bislang kaum messbare Ergebnisse erzielen, obwohl sie zusammen vermutlich mehrere Millionen US\$ an Sitzungsgeldern und Beraterhonoraren an regierungnahe Personen gezahlt haben. Das soll nicht bedeuten, dass es nicht auch innerhalb der Regierung und der MPLA reformbereite Kräfte gibt, die zu unterstützen lohnt und auf deren Kooperation bei der Durchführung von Maßnahmen gebaut werden kann. Gleichzeitig muss aber deren enger Handlungsspielraum gesehen werden, was strukturelle Veränderungen angeht. Wirkliche Veränderung hin zu Rechtsstaatlichkeit, positivem Frieden und einer Politik für statt gegen die Mehrheit der Angolaner wird aber nur dann gelingen können, wenn die angolansische Zivilgesellschaft und Parteienlandschaft zu einer gestärkten

Gemeinschaft wird, die die Interessen der Bevölkerung in den Vordergrund stellt und Veränderungen von Staat und Politik einfordert.

Aufgrund des Krieges war es viele Jahre nur unter Schwierigkeiten möglich, in den Provinzen und abseits der großen Städte zu arbeiten. Für FES Angola wird dies aufgrund personeller und finanzieller Limitationen auch in Zukunft nur begrenzt möglich sein, obwohl in den letzten Jahren auch Veranstaltungen in ausgewählten Provinzen durchgeführt wurden. Eine intensive Kooperation mit verlässlichen nationalen NRO auf Provinzebene kann hier indirekt eine Dezentralisierung der Aktivitäten und eine größere Breitenwirksamkeit herbeiführen.⁵²

Die komparativen Vorteile der FES Angola wie die langfristige Planungsmöglichkeit kombiniert mit Handlungsflexibilität in Form einer Möglichkeit der Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern in Verbindung mit einem raschen Reagieren auf politisch relevante Veränderungen, ihre Glaubwürdigkeit, Kompetenz und Erfahrung auf dem Gebiet gesellschaftspolitischer Beratung, ihre Verbindungen zu Büros der FES in anderen Ländern, ihre weitgehende Unabhängigkeit von politischen Weisungen und ihre Präsenz im Land geben ihre fast eine Monopolstellung unter den in Angola tätigen Organisationen. Nur sehr wenige der zahlreichen internationalen Organisationen im Land verfügen über eine derartige Kombination von Kompetenzen und Stärken. Vor allem die Möglichkeit einer langfristigen Begleitung von Prozessen in Kombination mit der Präsenz vor Ort ermöglicht der FES eine Qualität in der Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen, die sonst selten anzutreffen ist. Bei der Auswahl weiterer Kooperationspartner ist wie bisher zu beachten, dass von den rund 300 in Angola registrierten NRO nur eine Minderheit wirklich seriös arbeitet. Die Mehrheit handelt nach der Logik vieler Consultingunternehmen: in die Einwerbung von Finanzmitteln und geschönte Berichte werden Zeit und Ressourcen investiert, mit der Durchführung der Projekte wird drittklassiges Personal beauftragt, das kaum betreut oder kontrolliert wird. Alle Programme mit nationalen NRO sollten eng begleitet werden und mit einem transparenten M&E-System verbunden werden. Zu empfehlen wäre eine institutionelle Förderung ausgewählter nationaler NRO in Form einer Stärkung von deren Kompetenz in partizipativer Planung, Monitoring, Moderation von Gruppenprozessen und Kommunikation. Dies sind Bereiche, in welchen angolansische Institutionen durchweg sehr starke Defizite aufweisen.⁵³

Angola steht erst am Beginn des Prozesses der Aufarbeitung seiner Vergangenheit und der daraus resultierenden Aufgaben. Die Regierung hat kein überzeugendes Konzept zur Zukunftsgestaltung des Landes. Nationale NRO sind aus den oben genannten Gründen nur sehr begrenzt in der Lage, den gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Die Regierung überträgt viele der eigentlich ihr zustehenden Aufgaben, wie Armutsbekämpfung, Reintegration und Überlebenssicherung der Bevölkerung in ländlichen Gebieten, auf die Vielzahl von internationalen und nationalen NRO. Gesellschaftspolitische Themen mit dem Schwerpunkt auf Gewaltprävention, Versöhnung, Demokratisierung und Good Governance werden kaum bearbeitet. Im Folgenden sind daher eine Reihe potenzieller gesellschaftspolitischer Maßnahmen aufgezeigt, die gerade die Friedrich Ebert Stiftung in ihrer herausragenden Funktion im Lande bearbeiten kann. Die sehr komplexe Ausgangssituation wurde bisher erst

⁵² Dieses Modell konnte von FES Angola mit der angolansischen NRO ADRA bereits erfolgreich getestet werden.

⁵³ Als Kooperationspartner bieten sich hier u.a. Brot für die Welt und Misereor an, die auf dem Gebiet des Capacity Building für NRO in Angola seit Jahren aktiv sind und gute Erfolge aufweisen können, bisher aber nur eine kleine Zahl von NRO erreichen konnten.

unzureichend untersucht, diese Konfliktstudie bildet somit einen ersten Baustein zu einer systematischen Bearbeitung potentieller Themen. Aus diesem Grund war es nur begrenzt möglich, den Ansprüchen des Methodenleitfadens mit der Erstellung einer Planungsmatrix mit Hinweisen zu konkreten Maßnahmen, Strategien, Wirkungshypothesen und Möglichkeiten für die FES-Arbeit zu genügen. Die hier gemachten Vorschläge sind somit vor allem als Diskussionsanregung im Rahmen der zukünftigen Programmplanung der FES in Angola gedacht.

Der strukturelle Ansatz beziehungsweise das gemeinsame Ziel der vorgeschlagenen Maßnahmen ist die gezielte und breitenwirksame Bewusstmachung von Zivilgesellschaft, Parteien, staatlicher Verwaltung, Polizei, Militär, Parlament, Medien, Gewerkschaften, in- und ausländischer Unternehmen etc. für konfliktsensitive Themen wie Demokratie, Menschenrechte, (strukturelle) Gewalt und Versöhnung.

In einem ersten Schritt sollten zunächst im FES-internen Diskussionsprozess Handlungsoptionen auf ihre Umsetzbarkeit geprüft und Prioritäten gesetzt werden. Im zweiten Schritt sollten gemeinsam mit resource persons und potentiellen Kooperationspartnern Strategien entwickelt und verbindliche Absprachen zur Umsetzung getroffen werden. Im Idealfall wird bei der Planung externe Moderation eingesetzt. Die Feinplanung der Maßnahmen im dritten Schritt sollte nach Möglichkeit auch Vertreter/innen von Regierung und Parteien etc. einbeziehen, um deren Identifikation mit den Maßnahmen zu erhöhen.

| <i>Aktueller bzw. latenter Konflikt</i> | <i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i> | <i>Strategie und Methoden</i> | <i>Zielgruppe und potenzielle Kooperationspartner</i> | <i>Wirkungshypothese</i> |
|--|---|---|---|---|
| Demokratisierung und Wahlprozess | | | | |
| <p>Risiko einer Rückkehr zu Gewalt im Wahlkampf, sowie während und nach der Wahl.</p> <p>Provokation von neuen Konflikten durch Behinderung von Parteien im Wahlkampf oder durch Wahlmanipulation.</p> | <p>Voter education in ländlichen Regionen jenseits der bereits durch internationale Institutionen (NDI, EISA, u.a.) breit abgedeckten Mainstream-Maßnahmen.</p> | <p>Unterstützung von nationalen Organisationen bei der Qualifizierung von Trainer/innen.</p> <p>Auswahl von Munizipien mit hohem Konfliktpotenzial, die bisher nicht von anderen Organisationen abgedeckt werden.</p> <p>Rückführung der lokal gemachten Erfahrungen auf die nationale Ebene in Form von Seminaren oder einer größeren Konferenz.</p> | <p>Einbeziehung von traditionellen Autoritäten, Dorfsekretären und Mitarbeiter/innen der untersten staatlichen Verwaltungsebene einschließlich Polizei.</p> <p>Ausgewählte internationale Organisationen und nationale NRO. Nutzung von rádios comunitários und lokaler Zeitungen (z.B. Ondaka und Umbi Umbi)</p> | <p>Die Professionalisierung nationaler NRO bei der voter education vergrößert das Vertrauen in demokratische Prinzipien und den Wahlprozess. Es vermindert Angstgefühle und die Bereitschaft, sich zu Gewalt aufstacheln zu lassen.</p> |
| | <p>Qualifizierung nationaler NROs und von Journalist/innen für eine professionelle konstruktive Berichterstattung zum Wahlprozess.</p> | <p>Training für Mitarbeiter/innen von Medien und NRO zu Berichterstattung im Falle von Rechtsverstößen im Wahlprozess und darüber hinaus. (eventuell nach Johann Galtungs Konzeption des "Friedensjournalismus").</p> | <p>Journalist/innen und erfahrene Mitarbeiter/innen von NRO.</p> | <p>Eine verbesserte und zeitnahe Berichterstattung erhöht das Risiko für Protagonisten der Gewalt und erleichtert die schnelle Reaktion.</p> |
| | <p>Einrichtung einer Arbeitsgruppe (eventuell innerhalb von OPSA), die Informationen über Unregelmäßigkeiten und Rechtsverstöße im Wahlprozess aufnimmt und an Medien weiterleitet.</p> | <p>Verbreiterung der Basis von OPSA durch Einbeziehung weiterer internationaler und nationaler Organisationen, die im Bereich Wahlbeobachtung aktiv sind. Zusammenarbeit mit Wahlkommissionen auf Provinzebene. Konstituierung regelmäßiger sich treffender Foren mit Vertreter/innen politischer Parteien.</p> | <p>Nationale und internationale NRO, Gewerkschaften, Vertreter/innen aus Regierung und Parteien, nach Bedarf unter Einbeziehung von Militär und Polizei.</p> | |

| <i>Aktueller bzw. latenter Konflikt</i> | <i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i> | <i>Strategie und Methoden</i> | <i>Zielgruppe und potenzielle Kooperationspartner</i> | <i>Wirkungshypothese</i> |
|--|--|---|--|---|
| Das Fehlen einer minimalen Chancengleichheit unter den Parteien birgt Konfliktpotenzial für den Wahlkampf. | Schaffung von Podien, auf denen (auch kleinere) Parteien die Möglichkeit haben, über ihr Parteiprogramm zu informieren und es zur Diskussion zu stellen. | Podiumsveranstaltungen auf Provinz- und Munizipebene. Auswahl von Regionen mit großem Konfliktpotenzial. Einbeziehung lokaler Medien wie rádios comunitários oder den Zeitungen Ondaka und Umbi Umbi. | Zielgruppe ist die Bevölkerung mit Schwerpunkt auf Jugendlichen. Kooperationspartner sind Parteien, nationale NRO wie MOSAIKO, ADRA und Development Workshop, | Die Verbesserung der Chancengleichheit reduziert das Frustrations- und Konfliktpotenzial. |

| Versöhnung und Reintegration von Demobilisierten | | | | |
|--|---|--|---|--|
| Die tief greifende Spaltung der Gesellschaft birgt vielfaches Konfliktpotenzial. Hass und Vorurteile können für die gewaltsame Durchsetzung von Partikularinteressen missbraucht werden. | Förderung der Ausbildung von Mediator/innen und anderen Fachkräften im Bereich Versöhnungsarbeit, Mediation und „livelihood approach“. Initiierung eines Politikdialogs über nationale Versöhnung und den Abbau von Vorurteilen. | Ermittlung von Munizipien mit hohem Konfliktpotenzial, die bisher nicht abgedeckt werden; Einbeziehung traditioneller Methoden der Versöhnung und Konfliktlösung. | Mitarbeiter (lokaler) NRO, Kirchen, traditionelle Autoritäten, Lehrer, Gesundheitsarbeiter, Parlamentarier. Eine enge Kooperation mit internationalen und nationalen Organisationen mit Erfahrungen auf diesem Gebiet (Search for Common Ground, Conciliation Ressources u.a.) ist sinnvoll. | Eine Verstärkung und Professionalisierung der vorhandenen Aktivitäten und die Abdeckung bisher nicht berücksichtigter Regionen führt zur Versöhnung ehemaliger Feinde, zum Abbau von Vorurteilen und der Verminderung der Gewaltanwendung. |
| | Förderung von unabhängigen Medien, die sich um Versöhnung bemühen. | Vielen der neuen, dezentralen Medien fehlt die notwendige Ausstattung und Professionalität, um ein größeres Publikum mit qualifizierter Information erreichen zu können. | Herausgeber von lokalen Druckerzeugnissen und rádios comunitários. | Dezentrale Medien können auf lokale Konflikte und sonstige Missstände aufmerksam machen und Lösungsvorschläge aufgreifen. |

| <i>Aktueller bzw. latenter Konflikt</i> | <i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i> | <i>Strategie und Methoden</i> | <i>Zielgruppe und potenzielle Kooperationspartner</i> | <i>Wirkungshypothese</i> |
|---|---|--|--|--|
| <p>Die Reintegration der ehemaligen Kämpfer beider Konfliktparteien verläuft schleppend.</p> <p>Die Perspektivlosigkeit vieler Demobilisierter erhöht das Potenzial der Gewaltbereitschaft.</p> <p>Die Bevorzugung einer Gruppe von Demobilisierten schürt Konflikte mit anderen Gruppen und der lokalen Bevölkerung.</p> | <p>Organisation von Diskussionsforen auf Provinzebene zu Schwierigkeiten bei der Reintegration und den Perspektiven für Ex-Kämpfer.</p> | <p>Podiumsdiskussionen unter Einbeziehung Betroffener.</p> <p>Gemeinsame Suche nach Lösungsvorschlägen (win-win-Lösungen).</p> | <p>Für die Durchführung des PGDR und anderer Reintegrationsprogramme verantwortliche Organisationen einschließlich GTZ; Vertreter/innen von IRSEM sowie Weltbank und anderer Geber.</p> <p>Einbeziehung von Ex-Kämpfern der verschiedenen Gruppen.</p> | <p>Die Sensibilität der beteiligten Organisationen für konflikt-sensitive Planung und Durchführung wird erhöht.</p> <p>Das Konfliktpotenzial erhöhende Mängel bei den laufenden Programmen können beseitigt werden.</p> <p>Ein Diskussionsforum für Betroffene schafft ein Ventil für aufgestaute Frustration.</p> |
| <p>Die Vielzahl von zirkulierenden und versteckten Kleinwaffen erhöht die Gefahr der gewaltsamen Eskalation.</p> | <p>Konferenz über Kleinwaffen und die Möglichkeiten und Grenzen von Programmen vom Typ „Waffen zu Pflugscharen“.</p> | <p>Einbeziehung eines breiten Kreises nationaler Organisationen einschließlich der Parteien und der Kirchen.</p> <p>Eventuell ist hier eine Kooperation mit dem Kleinwaffenprogramm der GTZ möglich.</p> | <p>Unmittelbare Zielgruppe sind Organisationen der Zivilgesellschaft, Polizei und Parteien.</p> <p>Mittelbare Zielgruppe sind Ex-Kämpfer, die im Besitz von Waffen sind.</p> | <p>Das Problembewusstsein wird geschärft.</p> <p>Es können sich Allianzen für kleinere, dezentrale Programme bilden.</p> |

| <i>Aktueller bzw. latenter Konflikt</i> | <i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i> | <i>Strategie und Methoden</i> | <i>Zielgruppe und potenzielle Kooperationspartner</i> | <i>Wirkungshypothese</i> |
|---|--|---|---|--|
| Konflikte um Landbesitz | | | | |
| <p>Weder die ländliche Bevölkerung noch die ärmere Stadtbevölkerung kennt ihre Rechte und Pflichten in Bezug auf das neue Landrecht.</p> <p>Einflussreiche Politiker, Militärs und Unternehmer nutzen die Rechtsunsicherheit aus und vertreiben Bewohner von ihrem Land.</p> <p>Der Rechtsweg steht den Betroffenen aufgrund von Korruption, Überlastung der Gerichte, Mangel an Rechtsanwälten und mangelnder Kenntnis nur begrenzt offen.</p> <p>Die Täter brauchen kaum staatliche Sanktionen zu befürchten.</p> | <p>Unterstützung nationaler NRO bei der Erstellung didaktischer Materialien zum Landrecht mit Empfehlungen zum Schutz vor illegaler Landnahme.</p> | <p>Didaktisch gut aufbereitete Materialien in Portugiesisch und in lokalen Sprachen, die allen NRO zur Verfügung stehen.</p> <p>Nutzung von lokalen Radios.</p> | <p>Unmittelbare Zielgruppe sind NRO (Rede Terra, Mosaiko, u.a.). Eine enge Kooperation mit der FAO ist empfehlenswert.</p> <p>Mittelbare Zielgruppe sind die Opfer von illegaler Landnahme und Regierungsvertreter auf der mittleren und unteren Ebene.</p> | <p>Nationale NRO werden befähigt, professionellere Unterstützung der Betroffenen zu leisten und erreichen eine größere Breitenwirkung.</p> |
| | <p>Einrichtung von Beratungs- und Beschwerdestellen für die von illegaler Landnahme Betroffenen. Juristische Unterstützung der Opfer. Mediation in Konfliktfällen.</p> | <p>Die Basis müssten Netzwerke (möglichst im Rahmen der Rede Terra) auf Provinzebene und in ausgewählten Munizipien bilden. Ausgebildete Mediator/innen unterstützen bei der Suche nach Lösungen. Juristen stehend beratend zur Seite und vertreten Betroffene vor Gericht.</p> | <p>Kooperation mit nationalen und dezentral arbeitenden NRO, wo möglich auch mit Verwaltung und Justiz.</p> <p>Mittelbare Zielgruppe sind die Opfer von illegaler Landnahme.</p> | <p>Illegale Landnahme und Konflikte über Landbesitz nehmen ab.</p> <p>Bestehende Konflikte werden mit Hilfe von Mediation gewaltfrei gelöst.</p> |
| | <p>Veröffentlichung von gut recherchierten Berichten über illegale Landnahme und die sozioökonomischen Kosten mangelnder Landnutzungssicherheit.</p> | <p>Ziel ist in erster Linie nicht die Lösung einzelner Konflikte, sondern die Schärfung des öffentlichen Bewusstseins für die Dimension des Problems.</p> | <p>Enge Zusammenarbeit mit lokalen Medien und der Gewerkschaft der Jurist/innen.</p> <p>Mittelbare Zielgruppe sind die Opfer von illegaler Landnahme.</p> | <p>Das Risiko für Betreiber illegaler Landnahmen steigt.</p> <p>Das öffentliche Bewusstsein über die Dimension der Konflikte und die brutale Vorgehensweise der Täter wird erhöht.</p> |

| <i>Aktueller bzw. latenter Konflikt</i> | <i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i> | <i>Strategie und Methoden</i> | <i>Zielgruppe und potenzielle Kooperationspartner</i> | <i>Wirkungshypothese</i> |
|---|--|---|--|--|
| Förderung der Menschenrechte | | | | |
| <p>Traditionelle Autoritäten haben trotz ihrer weit reichenden Funktionen in Judikative und Exekutive meist keine fundierten Kenntnisse über Menschenrechte und Bürgerrechte. Sie werden besonders von Hardlinern der ehemaligen Konfliktparteien dazu benutzt, Menschenrechte zu unterdrücken. Die gezielte Kooptation traditioneller Autoritäten durch die MPLA entfremdet die „sobas“ von ihrer Bevölkerung und erschwert ihre Rolle als Mediatoren. Folter zur Erpressung von Geständnissen und Misshandlungen von Gefangenen werden noch in vielen Kommunen angewandt.</p> | <p>Dezentrale Informations- und Diskussionsveranstaltungen zur Rolle der traditionellen Autoritäten, insbesondere ihrer Funktion als Konfliktschlichter;</p> <p>Fortbildungen zu Menschenrechten und Zivilerziehung, Leadership;</p> <p>Initiierung einer nationalen Konferenz zu traditionellem versus modernem Recht und zur Rolle traditioneller Autoritäten beim Schutz von Menschen- und Bürgerrechten.</p> <p>Thematisierung von Menschen- und Bürgerrechten in der kommunalen Verwaltung.</p> | <p>Berücksichtigung lokaler Verschiedenheiten bei der Anwendung von traditionellem Recht.</p> <p>Breites Bündnis von Organisationen der Zivilgesellschaft und von Judikative, Exekutive und Parteien.</p> <p>Eine wichtige zu klärende Frage ist, in wie weit traditionelle Methoden der Versöhnung und Konfliktschlichtung sinnvoll und übertragbar sind.</p> <p>Unterstützt werden könnten die Aktivitäten durch die Publikation von „Geschichten“ über den kulturellen Reichtum des Landes, orale Tradition und traditionelle Riten des Verzeihens und der Versöhnung.</p> | <p>Traditionelle Autoritäten unter Einbeziehung von Administrator/innen auf den unteren staatlichen Ebenen sowie Vertreter/innen der Justiz.</p> <p>Enge Zusammenarbeit mit nationalen NRO, die Erfahrung in der Zusammenarbeit mit traditionellen Autoritäten haben und mit Dachvereinigungen traditioneller Autoritäten.</p> | <p>Mehr Transparenz bei der Rollenverteilung zwischen Vertreter/innen des traditionellen und des modernen Rechts.</p> <p>Verminderung von Konflikten zwischen Vertreter/innen des Staates und traditionellen Autoritäten.</p> <p>Verbesserung der Menschenrechtssituation auf dem Land.</p> <p>Stärkung des Problembewusstseins bei der betroffenen Bevölkerung.</p> |

| <i>Aktueller bzw. latenter Konflikt</i> | <i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i> | <i>Strategie und Methoden</i> | <i>Zielgruppe und potenzielle Kooperationspartner</i> | <i>Wirkungshypothese</i> |
|--|---|--|---|--|
| Menschenrechtsverletzungen in den Provinzen werden oft gar nicht oder nicht professionell genug recherchiert und dokumentiert. | Unterstützung und Training von Mitarbeiter/innen nationale NRO in den Bereichen Recherche und Dokumentation (von Menschenrechtsverletzungen). | Ziel ist die Verbesserung der vorhandenen Programme der zahlreichen auf diesem Gebiet tätigen nationalen Organisationen, von denen aber einige nicht über die notwendige Kompetenz verfügen. | Zielgruppe sind Mitarbeiter/innen von dezentral arbeitenden nationalen NRO. Eine Kooperation mit Brot für die Welt und Misereor ist denkbar. | Gut recherchierte Berichte aus den Munizipien und Provinzen über Menschenrechtsverstöße vergrößern den Druck zu Sanktionen und Verbesserungen seitens der Regierung. |
| Bislang sind die von beiden Konfliktparteien während des Krieges verübten Menschenrechtsverletzungen Tabuthema. Wirkliche Versöhnung und eine Verbesserung der Menschenrechtsdiskussion sind ohne einen breit angelegten Prozess der Reflexion unwahrscheinlich. | Unterstützung von lokalen Initiativen zur Förderung von „Wahrheitskommissionen“, die sich für eine konstruktive Diskussion über Menschenrechtsverletzungen während des Kriegs und Konsequenzen einsetzen. | Bisherige Initiativen stießen auf Widerstand, da sie zu sehr auf eine Kopie der südafrikanischen Erfahrungen abstellten. „Autochthone“ Ansätze sind gefordert, die auch regionale Unterschiede innerhalb Angolas berücksichtigen. Diskussion über die Chancen und Risiken der Generalamnestie. | Zusammenarbeit mit Kirchen und nationalen NRO unter Einbeziehung traditioneller Autoritäten, Parteien, Verwaltung und Justiz.. | Erste erfolgreiche Ansätze können das Tabu brechen, offen über die Wunden der Vergangenheit zu sprechen. Lokale Wahrheitskommissionen können den Grundstein für echte Versöhnung legen. |
| Neben Korruption sind auch eklatante Menschenrechtsverletzungen durch Polizeiangehörige an der Tagesordnung. Exzessive Gewaltanwendung wird weitgehend geduldet. | Dezentrale Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu Rechten und Pflichten der Polizei, Menschenrechten und Zivilerziehung. | In Regionen und Munizipien mit hohem Gewaltpotenzial. Einbeziehung von Polizeichefs und Vertreter/innen der lokalen Legislative. Opfer kommen zu Wort. Ein konkretes Ergebnis könnten begleitete lokale Polizeiarbeitsgruppen sein. | Zielgruppe sind Polizist/innen aller Ebenen und die lokale Bevölkerung. Eine enge Kooperation mit dezentral arbeitenden Menschenrechtsorganisationen ist empfehlenswert. | Das Problembewusstsein von Polizist/innen und der Bevölkerung wird geschärft. Die Polizei verringert Gewaltsame Übergriffe und sonstige Menschenrechtsverletzungen. |

| <i>Aktueller bzw. potenzieller Konflikt</i> | <i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i> | <i>Strategie und Methoden</i> | <i>Zielgruppe und potenzielle Kooperationspartner</i> | <i>Wirkungshypothese</i> |
|--|--|--|--|--|
| Wirtschaftliche Benachteiligung und Gewaltökonomie | | | | |
| In den Diamantengebieten herrscht nach wie vor Rechtlosigkeit. (Ehemalige) hohe Militärs setzen ihre Interessen mit Gewalt durch. Mord und Vertreibungen sind an der Tagesordnung. Die Regierung unternimmt bislang kaum etwas zur Konfliktregelung. | Unterstützung von Recherchen vor Ort über die Funktionsweise der „Gewaltökonomie“ bei Diamantabbau und –handel (u.a. zum vermuteten Handel von Diamanten gegen Waffen). Nationale Konferenz zum Thema Diamantabbau und –handel. | Entscheidend könnte es sein, Insider mit eigenen Erfahrungen in die Recherche einzubinden. Eine nationale Konferenz müsste auf einem breiten Bündnis beruhen. | Zusammenarbeit mit Universitäten und Forschungsinstitutionen sowie NRO, Militärs und Vertretern von Parteien. | Die Funktionsweise des Systems und das Ausmaß der Gewalt werden deutlich gemacht. Die sachliche Diskussion über das Tabuthema Blutdiamanten ermöglicht die Suche und Forderung nach Lösungen der Gewaltspirale. |
| Die verbreitete berufliche Perspektivlosigkeit vor allem von Jugendlichen und Demobilisierten erhöht das Gewaltpotenzial. | Nationale Konferenz über Entwicklungspotenziale Angolas und Strategien einer nachhaltigen und wirtschaftlichen Entwicklung im Dienste der Bevölkerung. | Jetzt, wo der Regierung die Entschuldigung des Krieges fehlt und angesichts des Wahlkampfes besteht die Chance, den Druck auf eine aktive Rolle des Staates bei Wiederaufbau, wirtschaftlicher Entwicklung und Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit zu erhöhen. | Kooperationspartner sind vor allem Gewerkschaften, Universitäten und ausgewählte NRO und Parlamentarier/innen. | Eine breit angelegte Diskussion erhöht den Druck auf die Regierung, die steigenden Öleinnahmen für eine nachhaltige und armutsorientierte Entwicklung zu verwenden. |
| Die angolansische Regierung wehrt sich vehement gegen eine Veröffentlichung der staatlichen Öleinnahmen, die dringend für den Wiederaufbau benötigt werden. | „Ölkonferenz“ zum Thema Transparenz und soziale Verantwortung der Ölkonzerne. | Nach der offenen Konfrontation zwischen der Regierung und der „Open Society“ besteht nach deren vorläufigem Rückzug die Chance auf einen konstruktiven Neuanfang. | Einige ausgewählte nationale und internationale NRO sowie Universitäten und Parlamentarier/innen. | Zunehmende Transparenz bei den Öleinnahmen vergrößert den Spielraum, Ressourcen für den Wiederaufbau zu verwenden. |

ANLAGEN

Anhang 1

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|----------|--|
| ADRA | Associação para Desenvolvimento Rural e Ambiente |
| BMZ | Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
| COIEPA | Interkonfessionelles Komitee für den Frieden in Angola |
| CPI | Corruption Perceptions Index (von Transparency International) |
| DDR | Desmobilização, Desarmamento e Reintegração (Oberbegriff für Programme zur Demobilisierung, Entwaffnung und Reintegration) |
| DWHH | Deutsche Welthungerhilfe |
| EU | Europäische Union |
| EZ | Entwicklungszusammenarbeit |
| FAA | Forças Armadas de Angola - ehemalige Bezeichnung für angolanesisches Militär nach dem Abkommen von Bicesse (1991) |
| FALA | Forças Armadas para a Libertação de Angola – ehemalige militärischen Kräfte der UNITA |
| FAO | Food and Agricultural Organisation (UNO) |
| FES | Friedrich-Ebert-Stiftung |
| FLEC | Befreiungskräfte des Staates Cabinda |
| FLEC-R | FLEC Renovada – jüngst Abspaltung der FLEC |
| FLEC-FAC | FLEC – Forças Armadas de Cabinda – Abspaltung der FLEC |
| FNLA | Nationale Front für die Befreiung Angolas |
| FZ | Finanzielle Zusammenarbeit |
| GDP | Gross Domestic Product |
| GTZ | Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit |
| GURN | Regierung der nationalen Einheit und Versöhnung |
| HIV/AIDS | Human immunodeficiency virus/acquired immune deficiency syndrome |
| HDI | Human Development Index |
| IDP | Interne Vertriebene |
| IRI | International Republican Institute (USA) |
| IRSEM | Institut für die soziale und ökonomische Reintegration von Ex-Militärs |
| IWF | Internationaler Währungsfonds |
| JMPLA | Jugendorganisation der MPLA |
| Kz | Kwanza (Währung Angolas) |
| MAT | Ministerium für Territoriale Verwaltung |
| MPLA | Bewegung für die Befreiung Angolas |
| MINARS | Sozialministerium |
| NDI | National Democratic Institute (USA) |
| NRO | Nichtregierungsorganisation |
| OCHA | Koordinationsbüro für Humanitäre Angelegenheiten (der UN) |
| OECD | Organisation für Wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung |
| PGDR | Nationales Programm zur Demobilisierung und Reintegration |
| PNUD | Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen |

| | |
|----------|--|
| PRS | Partido de Renovação Social |
| PRSP | Poverty Reduction Strategy Paper |
| RNA | Nationales Angolanisches Radio |
| SADC | Southern African Development Community |
| SNID | Nationaler Dienst für Integration und Demobilisierung |
| Sonangol | Nationale Gesellschaft für Treibstoffe |
| TI | Transparency International |
| TPA | Televisão Popular de Angola - Nationales Volksfernsehen |
| TZ | Technische Zusammenarbeit |
| UCAH | Einheit zur Koordination Humanitärer Hilfe |
| UNAVEM | Missão de Verificação das Nações Unidas em Angola |
| UNDP | Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen |
| UNHCR | Hochkommissariat für Flüchtlinge der UN |
| UNITA | Nationale Union für die totale Unabhängigkeit von Angola |
| UNITA-R | UNITA Renovada (Erneuerte UNITA) |
| VN | Vereinte Nationen |

Anhang 2

Chronologie wichtiger Ereignisse seit 1975

- 1975** Januar: Abkommen zwischen Vertretern der MPLA, der UNITA, der FNLA und der portugiesischen Regierung mit Festsetzung eines Datums zur Unabhängigkeit und einer Regelung zum Aufbau der Übergangsregierung
- Juni: Kampfhandlungen zwischen der MPLA und der FNLA in Luanda, die sich schnell auf andere größere Städte ausweiten
- August: Südafrikanische Truppen dringen in Angola ein zur Unterstützung von UNITA und FNLA
- Oktober: Kubanische Truppen unterstützen die MPLA
11. November: Unabhängigkeit von Portugal
- 1976** Die MPLA übernimmt die Macht und formuliert ein marxistisch-leninistisches Programm
- 1979** José Eduardo dos Santos wird nach dem Tod von Dr. Agostinho Neto Vorsitzender MPLA-PT und Staatspräsident
- 1990** Die marxistisch-leninistische Ideologie wird ersetzt durch den demokratischen Sozialismus
- 1991** Demokratische Parteien werden legalisiert
- MPLA-PT und UNITA unterzeichnen am 1. Mai das Friedensabkommen von Bicesse (Portugal). Der vereinbarte Waffenstillstand wird eingehalten
- 1992** Am 29. und 30. September finden die ersten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt
5. Oktober: Rückzug der UNITA aus der FAA
- Erneuter Kriegsausbruch mit schweren Kämpfen in den Provinzen Luanda, Malanje, Huambo und Huila ab dem 11. Oktober
- 1994** Unterzeichnung des Friedensabkommens von Lusaka
- 1997** Die Vereinten Nationen verschärfen Sanktionen gegen die UNITA
- 1998** Dezember: Erneuter Ausbruch des Krieges. Das Waffenstillstandsabkommen von Lusaka ist endgültig gescheitert

- 2001** Anhaltende Kämpfe zwischen der Regierung und der UNITA. Ende 2001 verfolgt die angolische Armee eine Taktik der „verbrannten Erde“, indem sie mehrere hunderttausend Landbewohner systematisch in Städte umsiedelt
- Jonas Savimbi bietet neue Verhandlungen für einen Waffenstillstand an, die die Regierung rundweg ablehnt
- 2002** Jonas Savimbi wird am 22. Februar in der Provinz Moxico getötet
- Am 5. April unterzeichnen Regierung und UNITA ein Waffenstillstandsabkommen in Luena, Provinz Moxico
- Juni: Die Rückführung der Inlandsvertriebenen beginnt mit Unterstützung der Vereinten Nationen
- 2003** Juni: Isaac Samakuva wird auf der ersten öffentlichen Vollversammlung der UNITA zum neuen Parteivorsitzenden gewählt
- Dezember: Nach Regierungsangaben kehrten rund 92.000 Ex-Soldaten der UNITA mit 286.000 Angehörigen in ihre Heimatgebiete zurück
- 2004** Juli: Präsident dos Santos sagt nationale Wahlen bis September 2006 zu
- 2005 März: Die Gesetze zu Parteien und zum Wahlprozess werden verabschiedet

Anhang 3

Literatur

- Anderson, Mary B.: Do no Harm – How Aid can support Peace – or War, 1999
- CIA World Factbook (Homepage der US-Regierung), Februar 2005
- Britisches Innenministerium: Angola Country Report, Oktober 2004
- Bush, Kenneth: Hands-On PCIA, A Handbook for Peace and Conflict Impact Assessment (PCIA) In Conflict Zones, Quelle: <http://web.idrc.ca/uploads/>
- Cilliers, Jakkie und Christian Dietrich (Hrsg.): Angola's War Economy. The Role of Oil and Diamonds, Pretoria 2000
- Dos Santos, Onofre: Eleições Angolanas 1992, Uma lição para o futuro, Luanda 2003
- Fahrenhorst, Brigitte (Hg.): Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in gewalttätigen Konflikten, Society for International Development – Berlin Chapter, Berlin 2000
- FriEnt (Hg.): Mapping von Gewaltökonomien in Angola, Workshop Dokumentation, Bonn 2003
- Guus Meijer/Conciliation Resources: Da Paz Militar à Justiça Social?, O processo de paz Angolano, London 2004
- Hasemann, Armin / Katharina Hübner-Schmidt / Anja Dargatz: Konfliktanalyse zur Entwicklung von Handlungsoptionen für gesellschaftspolitische Kooperationsprogramme, Ein methodischer Leitfaden (herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, der GTZ und FriEnt), Bonn, Berlin, Eschborn 2005
- Hodges, Toni: O papel da gestão dos recursos na construção de uma paz sustentável, in: Guus Meijer: Da Paz Militar à Justiça Social?, London 2004
- Internationaler Währungsfonds: IMF-Report Nr. 05/228 von Juli 2005
- Internationaler Währungsfonds: Public Information Notice (PIN) Nr. 05/86, 6. Juli 2005
- Jung, Anne (medico international): Zur Transformation afrikanischer Konflikte, Frankfurt 2004
- Lederach, Paul: Building Peace, Sustainable Reconciliation in divided societies, 1997
- Matthies, Volker (Hg.): Frieden durch Einmischung? Der Schrecken des Krieges und die (Ohn)Macht der internationalen Gemeinschaft, Bonn 1993
- Memorandum von Luena, 2002, (Quelle: Homepage von Conciliation Resources; www.c-r.org)
- OCHA: Report on Humanitarian Situation in Angola, 2004; CIA Factbook, Februar 2005
- Offermann, Michael: Angola zwischen den Fronten, Pfaffenweiler 1988
- Pearce, Justin: War, Peace and Diamonds in Angola. Institute for Security Studies, Kapstadt 2004

Ropers, Norbert: Peaceful Intervention, Structures, Processes and Strategies for the Constructive Regulation of Ethnopolitical Conflicts, Berghof Report No 1, Berlin 1998

Spelten, Angelika/FriEnt/INEF Gewaltökonomie, Möglichkeiten und Grenzen entwicklungspolitischer Handlungsoptionen, Bonn und Duisburg 2004

Transparency International Corruption Perceptions Index 2005, Berlin und London 2005